

# **AK:BE-Rundbrief**

**26. Ausgabe – Januar 2016**

---

## **Bildung und Austerität ...**

... ein Oxymoron, das eine immer stärker hervortretende gravierende gesellschaftliche Schieflage signalisiert: Von den Maastricht-Kriterien der 90er Jahre über EU-Fiskalpakt und Schuldenbremse bis zur aktuellen schwarzen Null wurde europaweit ein Etainstrumentarium etabliert, das sämtliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in zunehmendem Maße beeinträchtigt. Damit einher gehen Entstaatlichung, Privatisierung und Verabsolutierung des Marktes als Kernelemente neoliberaler Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Immer deutlicher betrifft diese Entwicklung auch alle Bereiche von Bildung und Erziehung. Die Beiträge dieses Rundbriefs zeigen für Schule, Hochschule und soziale Arbeit die Breite, die Auswirkungen und die Gefahren dieser Prozesse auf und sollen anregen zu individueller, vor allem aber kollektiver Suche nach Alternativen und Wegen zu ihrer Durchsetzung.



Immer deutlicher betrifft diese Entwicklung auch alle Bereiche von Bildung und Erziehung. Die Beiträge dieses Rundbriefs zeigen für Schule, Hochschule und soziale Arbeit die Breite, die Auswirkungen und die Gefahren dieser Prozesse auf und sollen anregen zu individueller, vor allem aber kollektiver Suche nach Alternativen und Wegen zu ihrer Durchsetzung.



## **Inhalt**

**Andreas von Westphalen**

**Lernen mit Leistungsdruck**

**Wollen wir eine Schule, die Kinder krank macht?**

Seite 2

**Torsten Bultmann, politischer Geschäftsführer des BdWi**

**DFG-Förderatlas 2015**

**Hochschulfinanzierung in der Drittmittelfalle**

Seite 6

**Wolfgang Lieb**

**Funktionale Privatisierung staatlicher Aufgaben –  
am Beispiel öffentlicher Hochschulen**

Seite 12

**Lukas Daubner**

**Privatschulen: der Ausverkauf des Bildungssystems**

Seite 19

**Bertelsmänner machen Panik**

**„Akademisierungsschwemme“ und „Azubischwund“?**

Seite 21

**Matthias Heintz – Interview**

**Die neoliberale Domestizierung der Sozialen Arbeit**

Seite 25

## Andreas von Westphalen

### Lernen mit Leistungsdruck

## Wollen wir eine Schule, die Kinder krank macht?

„Ein großes, globales Rennen hat begonnen: die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert“, diagnostizierte im Jahr 1997 der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog. Seine Hoffnung war: „Wir können wieder eine Spitzenposition einnehmen, in Wissenschaft und Technik, bei der Erschließung neuer Märkte.“ Herzog forderte daher die Deutschen auf, „bereit zum lebenslangen Lernen zu sein, den Willen zu haben, im weltweiten Wettbewerb um Wissen in der ersten Liga mitzuspielen. (...) Ich ermutige zu mehr Wettbewerb und zu mehr Spitzenleistungen. (...) Bildung muss das Mega-Thema unserer Gesellschaft werden.“ Kurz: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“(1) Roman Herzog war nicht der Einzige, der eine Betonung des Leistungsprinzips in der Schule anmahnte. Als aber im Jahr 2000 Deutschlands 15-jährige Schüler erstmals dem PISA-Test unterzogen wurden, landete das Land, das so stolz auf sein Bildungssystem und das Humboldtsche Bildungsideal war, nur im letzten Drittel.(2)

Vertreter aus Industrie und Politik forderten sofortige Konsequenzen. Auch die Eltern teilten deren Ansinnen, das Schulwesen umzugestalten. In einer TNS-Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2004 zeigten sich nur noch 31 Prozent der Befragten mit dem deutschen Schulsystem zufrieden.(3) Die Umfrage offenbarte einen Meinungswechsel der Eltern – hin zu mehr Leistung, strengerer Auswahl, höheren Anforderungen: 49 Prozent forderten Elite-Universitäten, 81 Prozent regelmäßige Tests für Lehrer.(4) Sechs Jahre später verlangten 60 Prozent der Eltern strengere Lehrer sowie mehr Disziplin und Leistung im Klassenzimmer.(5) Im letzten Jahr legten mehr als drei Viertel der Befragten Wert darauf, dass deutsche Schüler in internationalen Leistungsvergleichen wie PISA gut abschneiden. Die Umfrage zeigt den Autoren zufolge, „dass den meisten Deutschen eine klare Leistungsorientierung in den Schulen wichtig ist“.(6) Ganz in ihrem Sinne betont Roland Wöllner, Kultusminister in Sachsen, jenem Bundesland, das in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften den ersten Platz im PISA-Test belegte: „Ohne Leistungsorientierung und Druck geht es nicht.“(7)

### Schulstress und Leistungsdruck

Das Land der Dichter und Denker muss sich keine Sorgen machen, dass im Jahre 2015 in der leistungsorientierten Schule nicht ausreichend Druck gemacht wird. Die von der Bepanthen-Kinderförderung in Auftrag gegebene und von der Universität Bielefeld durchgeführte aktuelle Studie „Burn-Out im Kinderzimmer: Wie gestresst sind Kinder und Jugendliche in Deutschland?“ untermauert anhand einer ausführlichen Untersuchung, dass deutsche Schüler massiv unter Stress stehen. Die Besonderheit dieser Studie ist, dass sie auf detaillierten Interviews mit den Schülern basiert. Das Ergebnis ist alarmierend: „18 Prozent der Kinder und 19 Prozent der Jugendlichen in Deutschland leiden unter deutlich hohem Stress. (...) Wichtig anzumerken ist, dass auch die übrigen 82 Prozent der Kinder unter Stress-Symptomatiken leiden, diese jedoch in einer weniger ausgeprägten Form.“(8)

Hier eine Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse:

- ° Kinder mit hohem Stress leiden unter Versagensängsten. Knapp die Hälfte der gestressten Kinder hat Angst, ihre Eltern zu enttäuschen, denn sie nehmen deren Erwartungen viel intensiver wahr.
- ° Kinder leiden unter klassischen Burn-Out-Symptomen: Einschlafschwierigkeiten, Kopf- und Bauchschmerzen sowie Müdigkeit. 65 Prozent der Kinder mit hohem Stress berichten über somatoforme Belastungen, die im Vergleich zu allen Kindern überdurchschnittlich stark sind.
- ° Fast 34 Prozent der Kinder mit hohem Stress haben ein hohes Aggressionspotenzial.
- ° Gut 60 Prozent der gestressten Kinder geben an, nur manchmal oder nie nach ihrer Meinung gefragt zu werden, und rund 85 Prozent der Kinder mit hohem Stress werden nicht in die eigene Freizeitplanung eingebunden.

Das aktuelle LBS-Kinderbarometer, eine regelmäßig durchgeführte Befragung von Kindern im Alter zwischen neun und 14 Jahren, zeichnet ein ähnliches Bild. Vor der Schule haben Jugendliche mehr Angst als davor, keine Freunde zu haben.(9) Deutsche Jugendärzte warnen immer wieder vor dem Stress, der Jugendliche krank machen könne.(10) Fast jeder dritte Schüler klagt laut einer Umfrage der Krankenkasse DAK aus dem Jahr 2013 über Kopfschmerzen, Schlafprobleme, Gereiztheit oder Niedergeschlagenheit. 40 Prozent der Schülerinnen bekennen, mehrfach in der Woche unter psychosomatischen Beschwerden zu leiden.(11) UNICEF beobachtet bei deutschen Kindern eine „Veränderung des Krankheitsspektrums“ von körperlichen zu seelischen Beschwerden und von akuten zu chronischen Leiden.(12) Der Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler Klaus Hurrelmann resümiert: „Viele der gesundheitlichen Störungen von Schülern, vor allem solche psychischer oder psychosomatischer Art, hängen eng mit dem System Schule zusammen.“(13)

Im Rahmen der Studie „Burn-Out im Kinderzimmer“ wurden auch ausführliche Interviews mit den Eltern geführt. Es überrascht wenig, dass 50 Prozent der Befragten erklärten, alles für die Förderung ihres Kindes zu tun. Allerdings scheint vielen Eltern eine sensible Wahrnehmung dafür zu fehlen, wie viel Druck sie ihrem Kind zumuten können. So machen sich über 40 Prozent der Eltern gestresster Kinder eher Sorgen, ihre Kinder nicht genügend zu fördern.(14)

Aber das Verhalten der Eltern kommt selbstverständlich nicht von ungefähr, vielmehr agieren sie in einem klaren gesellschaftlichen und politischen Kontext. Auf die Frage, was sich in den vergangenen dreißig Jahren verändert habe, antworteten etwa 60 Prozent der Eltern, die Erwartungen seien heute höher. Ein Drittel der Befragten beklagt hierbei den „Druck durch die hohen Leistungsanforderungen unserer Gesellschaft“, und in einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa gestand die Mehrheit der Eltern, sich bei der Erziehung ihrer Kinder enorm unter Druck zu setzen.(15) Dieser Druck hat auch Konsequenzen für das familiäre Budget: Drei Milliarden Euro investieren Eltern jedes Jahr in Nachhilfe, 20 Prozent von ihnen mehr als 200 Euro pro Monat.(16) In Deutschland braucht jeder fünfte Schüler Nachhilfeunterricht. Zum Vergleich: In Finnland ist es nur jeder fünfzigste.(17)

Auch Lehrkräfte leiden unter dem gestiegenen Druck. Eine Untersuchung der Universität Potsdam im Jahr 2006 zeigte, dass fast zwei Drittel der Lehrer und Lehrerinnen in Deutschland aus beruflichen Gründen als gesundheitsgefährdet, erschöpft, ausgebrannt und krank gelten.(18) Nach einer Befragung wollen gerade einmal 41 Prozent bis zur Pension arbeiten.(19) Die beunruhigende Wahrheit der leistungsorientierten Schule scheint zu sein, dass alle Beteiligten, Schüler, Lehrer und Eltern, immer mehr unter Druck stehen und gestresst sind. Die Kinder und Jugendlichen werden mit Burnout und ständigem Konkurrenzkampf auf die Leistungsgesellschaft vorbereitet.

Besonders beunruhigend ist, dass bereits Grundschüler in Deutschland unter Stress leiden, insbesondere Viertklässler, die mit zehn Jahren am Scheideweg zwischen Gymnasium, Real- und Hauptschule stehen. In einigen Bundesländern wie Bayern sind es die Grundschullehrer, die die Kinder aufgrund ihres Notendurchschnitts für eine weiterführende Schule empfehlen. Eine aktuelle Studie der Universität Würzburg, die 1#600 Eltern befragte, zeigt, dass fast jeder zweite bayerische Dritt- und Viertklässler erhöhte Stresswerte aufweist, die zum Teil „alarmierend“ sind. Bei 16 Prozent der Schüler ist die Belastung so hoch, „dass im Grunde eine Gefährdung des Kinderwohls nicht mehr weit entfernt ist“. (20) Und auch an den Eltern geht der Selektionsdruck nicht spurlos vorüber. Fast 55 Prozent empfinden das Verfahren als belastend.(21) Klaus Wenzel, Präsident des Bayerischen Lehrerverbandes, warnt: „Kinder und Lehrer gehen kaputt.“(22)

In einigen Bundesländern wie Hessen dürfen die Eltern hingegen entscheiden, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen wird. Hier ist „nur“ gut ein Viertel der Zehnjährigen sehr belastet, und knapp ein Drittel der Eltern leidet unter der Situation.(23)

Die Entscheidung über die Zukunft des zehnjährigen Kindes sowohl durch den Lehrer als auch durch die Eltern birgt massive Probleme. Die Empfehlungen der Lehrer waren erstaunlicherweise in fast der Hälfte der Fälle falsch, wie eine Auswertung aus dem Jahr 2004 zeigt. Der Grund hierfür ist, dass die Lehrer oft weniger die Leistung als die soziale Herkunft der Schüler berücksichtigen.(24) Entscheiden die Eltern, neigen auch sie dazu, ihrem eigenen sozialen Status angemessen und nicht den Fähigkeiten des Kindes entsprechend zu wählen, wie das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung gezeigt hat. (25)

Ein Bericht von UNICEF über das deutsche Selektionsverfahren offenbart, dass eine gerechte Auswahl nach Leistungskriterien nicht funktioniert. So schnitten 10 Prozent der Hauptschüler und ein Drittel der Realschüler bei vergleichenden Tests besser ab als das schlechteste Viertel der Gymnasiasten.(26) Dies wird auch durch die Intelligenzforschung bestätigt. So gibt es zahlreiche Kinder auf Haupt- und Realschule, deren gemessener IQ höher ist als der vieler Gymnasiasten. (27)

Trotz der zahlreichen gravierenden Mängel ist das System der dreiteiligen Schule in Deutschland eine gewisse Selbstverständlichkeit, wird doch allerorts vom Scheitern der Gesamtschule gesprochen. Das System der frühzeitigen Aufteilung der Schüler auf Gymnasien, Real- und Hauptschulen gibt es aber nur in Österreich und Deutschland. In anderen europäischen Ländern werden Schüler und Eltern deutlich später vor diese lebensprägende Entscheidung gestellt: In den Benelux-Ländern mit 13 Jahren, in den meisten Ländern Europas sind sie sogar 16 Jahre alt.

Ilka Hoffmann, Schulexpertin bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), sagt über das Notensystem in Deutschland: „Der Glaube an die Objektivität von Noten und dass sie für eine echte Rückmeldung an das Kind stehen, hält sich hartnäckig. Die meisten Eltern können sich keine Alternativen vorstellen.“(28) Klaus Wenzel, der Präsident des Bayerischen Lehrer- und

Lehrerinnenverbandes, bekennt aber: „Es gibt keine objektive Bewertung, obwohl sich alle Lehrer große Mühe geben.“(29) Studien untermauern seine Aussage. So werden Schüler aus sozial benachteiligten Familien bei gleicher Leistung in der Schule schlechter benotet als Kinder aus sozial begünstigten Elternhäusern.(30) Jungen werden tendenziell schlechter benotet als Mädchen(31), und die Körperfülle der Schüler hat offenbar ebenfalls Einfluss auf die Notengebung.(32) Klaus Wenzel fordert daher statt Noten eine gehaltvolle Rückmeldung über den Entwicklungsprozess des Schülers.(33)

Seit Jahren wird heftig über Sinn und Unsinn der Notengebung diskutiert und hinterfragt, ab welchem Alter Schulnoten vergeben werden sollten. Finnland, das regelmäßig sehr erfolgreich bei den PISA-Tests abschneidet, erlaubt erst ab dem fünften Schuljahr Schulnoten. Ab der siebten Klasse sind sie dann vorgeschrieben. In Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Berlin gibt es in Ziffern ausgedrückte Noten erst ab der vierten Klasse. Im Jahr 2014 beschloss Schleswig-Holstein, Schulnoten für Grundschüler komplett abzuschaffen. Eine Abfrage in den Schulen zeigte jedoch, dass der Großteil in der vierten, teilweise sogar in der dritten Klasse bereits Noten vergab.(34) Offenbar hält sich die Überzeugung von der Notwendigkeit und der Objektivität der Noten hartnäckig.

### Präformatiertes Denken

„Divergent Thinking“, das man mit „divergentem Denken“ oder „Denken abseits ausgetretener Pfade“ übersetzen kann, ist kein Synonym für Kreativität, sondern vielmehr eine Fähigkeit, die für Kreativität notwendig ist. Es ist die Fähigkeit, eine Frage auf eine Vielzahl unterschiedlicher Arten zu interpretieren und darauf eine Vielzahl unterschiedlicher Antworten zu geben. Beispielsweise auf die Frage: „Wie viele unterschiedliche Verwendungen für eine Büroklammer fallen Ihnen ein?“

In ihrem Buch *Breakpoint and Beyond: Mastering the Future Today* präsentierten die Wissenschaftler George Land und Beth Jarman bereits im Jahr 1992 eine Langzeitstudie, in der 1#600 Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren auf ihre Fähigkeiten im divergenten Denken in acht verschiedenen Tests geprüft wurden. 98 Prozent erzielten Werte, die dem eines Genies des divergenten Denkens entsprechen. Fünf Jahre später wurden dieselben Kinder, die nun acht bis zehn Jahre alt waren, getestet. Nun erzielten nur noch 32 Prozent die Ergebnisse eines Genies. Fünf weitere Jahre später gelangten nur noch 10 Prozent dieser Kinder zu einem Top-Ergebnis. Ein Vergleichstest mit 200 000 Erwachsenen ergab, dass nur 2 Prozent von ihnen ein Genie des divergenten Denkens waren.(35) Pablo Picasso hatte dies intuitiv erkannt, als er feststellte: „Alle Kinder sind geborene Künstler. Das Problem besteht darin, Künstler zu bleiben, während wir älter werden.“

Wie ist der Verfall dieser angeborenen Fähigkeit zu erklären? Zum einen wird den Kindern in der Schule gelehrt, dass eine Frage nur auf genau eine Art und Weise interpretiert werden kann und dass es auf jede Frage nur eine richtige Antwort gibt. Diese Formatierung des Denkens wird nicht nur durch die Multiple-Choice-Tests, die in angelsächsischen Ländern sehr beliebt sind, untermauert, sondern bildet auch die Grundlage für alle internationalen Vergleichstests wie die PISA-Studie. (Die Anzahl korrekter gesetzter Kreuzchen kann man miteinander vergleichen, eine Analyse der Ursache des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges hingegen nicht). Zum anderen gibt es in der Schule kein „Recht auf Misserfolg“(36) und kein Recht, Fehler zu machen. Gerade angesichts der regelmäßigen internationalen Vergleichstests, die die nationale Bildungspolitik in Atem halten, gewinnt die Fähigkeit des Schülers, die vom Test gewünschte Antwort zu geben, immer mehr an Bedeutung, wohingegen der Raum, der es den Schülern gestattet, Fragen zu stellen und Fehler zu machen, immer enger wird. Das alte pädagogische Postulat, dass man aus Fehlern lernt, hat ausgedient. Wenn aber ein Kind nicht die Möglichkeit hat, Fehler zu begehen, kann nichts Originelles entstehen. Der Kunstprofessor und Bildungsexperte Sir Ken Robinson fordert daher, dass Kreativität in der Erziehung ein ebenso wichtiger Stellenwert beigemessen wird wie der Fähigkeit, zu lesen und zu schreiben.(37)

An einem konkreten Beispiel lassen sich die Auswirkungen eines ausschließlich auf Leistung orientierten Schulsystems aufzeigen: In kaum einem anderen Land gelingt die Umsetzung der eingangs erwähnten Ziele so gut wie in China. Aber bei der Jagd auf den Spitzenplatz im PISA-Ranking ging offenbar etwas verloren. In einem Vergleich von 21 Ländern bildeten chinesische Schüler beim Test ihrer Phantasie das internationale Schlusslicht. In Kreativität kamen sie nur auf den fünftletzten Platz.(38) Selbst der damalige chinesische Premierminister Wen Jiabao gestand öffentlich ein, dass es chinesischen Studenten an praktischen Fähigkeiten und kreativem Geist fehle. Man habe es versäumt, unabhängiges Denken zu trainieren. Die staatliche Zeitung *China Daily* findet deutliche Worte: Überraschend seien diese schlechten Resultate nicht, seien die Schüler doch zu wahren „Test-Maschinen“ herangezogen worden.(39)

Die OECD, die hinter den OECD-Studien steht, erklärt die Bedeutung der dort bewerteten „Schlüsselkompetenzen“ damit, dass sie dazu befähigen sollen, „sich an einen durch Wandel,

Komplexität und wechselseitige Abhängigkeit gekennzeichnete Welt anzupassen“, und fragt: „Welche anpassungsfähige Eigenschaften werden benötigt, um mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten?“<sup>(40)</sup> Der Kunstpädagoge Professor Jochen Krautz kommentiert: „Bildung wird damit zur Anpassung. Anpassung an ökonomische Erfordernisse bzw. an das, was die OECD dafür hält. Kompetenzen zielen demnach gerade nicht auf selbständiges Denken, sondern fördern die Unterordnung unter die gegebenen Umstände und die Effektivitätskriterien der Wirtschaft, die daran verdient.“<sup>(41)</sup> Mit anderen Worten: Es geht um eine möglichst zahlreiche Heranzüchtung beruflicher Allzweckwaffen, die in einer sich stetig verändernden Wirtschaft des 21. Jahrhunderts möglichst effizient eingesetzt werden sollen, um „eine Spitzenposition einnehmen zu können“. Von einer Erziehung zur Mündigkeit, die einst als Grundlage der Demokratie und als Ziel der Aufklärung betrachtet wurde, ist weit und breit keine Spur.

### Eine letzte Frage bleibt

Was wollen wir? Eine Schule, die Kinder, Eltern und Lehrer krank macht? Kinder, die lebenslang miteinander konkurrieren und deren Denken mehr und mehr formatiert ist, ohne einen Hauch von Phantasie, aber perfekte Test-Maschinen, damit wir auf „unsere“ Platzierung in der PISA-Liga stolz sein können? Eine schöne neue Welt mit vielen Arbeitsplätzen für perfekt arbeitende Technokraten?

Eigentlich war sich dieses Land nach 1945 in der historischen Erfahrung darin einig, wie gefährlich Technokratie und ein nicht ausgebildeter kritischer und selbstständiger Geist ist. Spuren davon finden sich in der Zielbeschreibung für Schulen in den Verfassungen der Bundesländer. Man müsste sie nur befolgen.

---

### Anmerkungen

Der Artikel erschien zuerst im *Hintergrund-Magazin* 4/2015.

(1) <http://www.stern.de/politik/deutschland/roman-herzog-durch-deutschland-muss-ein-ruck-gehen-521364.html>

(2) Der Artikel „Feindliche Übernahme in der letzten Ausgabe des „Hintergrunds“ zeigt, dass die PISA-Studien zum einen nur einen Bruchteil des Lernstoffs vergleichen und zum anderen einen eigenen sehr wirtschaftsfreundlichen Lehrplan den einzelnen Ländern durch die Hintertür aufklotzieren.

(3) <http://www.welt.de/print-welt/article345258/Immer-mehr-Deutsche-begruessen-mehr-Leistung-und-Disziplin-in-der-Schule.html>

(4) <http://www.welt.de/print-welt/article345258/Immer-mehr-Deutsche-begruessen-mehr-Leistung-und-Disziplin-in-der-Schule.html>

(5) [http://www.focus.de/familie/schule/bildungspolitik/disziplin-drill-und-druck-pisa-sieger\\_id\\_2010304.html](http://www.focus.de/familie/schule/bildungspolitik/disziplin-drill-und-druck-pisa-sieger_id_2010304.html)

(6) <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/ifo-umfrage-schule-noten-und-sitzenbleiben-sind-sinnvoll-a-991368.html>

(7) [http://www.focus.de/familie/schule/bildungspolitik/disziplin-drill-und-druck-pisa-sieger\\_id\\_2010304.html](http://www.focus.de/familie/schule/bildungspolitik/disziplin-drill-und-druck-pisa-sieger_id_2010304.html)

(8) **Error! Hyperlink reference not valid.**

(9) <http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/stress-bei-schulkindern-ein-drittel-aller-schueler-stresst-die-schule-a-1015449.html>

[https://www.lbs.de/presse/p/presseinformationen/details\\_3042950.jsp](https://www.lbs.de/presse/p/presseinformationen/details_3042950.jsp)

(10) <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/turbo-abitur-jugendaerzte-klagen-ueber-schulstress-a-961668.html>

(11) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/jugendmedizin-die-schule-macht-die-schueler-krank-1.1907311>

(12) Henning Sußebach: Liebe Sophie!, S. 38.

(13) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/jugendmedizin-die-schule-macht-die-schueler-krank-1.1907311>

(14) **Error! Hyperlink reference not valid.**

(S. 10, 14)

(15) [http://www.eltern.de/public/mediabrowserplus\\_root\\_folder/PDFs/studie2015.pdf](http://www.eltern.de/public/mediabrowserplus_root_folder/PDFs/studie2015.pdf)

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/studie-eltern-2015-zuviel-druck-stress-ansprueche-a-1012567.html>

(16) Henning Sußebach: Liebe Sophie!, S. 40.

(17) Richard David Precht: Anna, die Schule und der liebe Gott, S. 156.

(18) Richard David Precht: Anna, die Schule und der liebe Gott, S. 267.

(19) Richard David Precht: Anna, die Schule und der liebe Gott, S. 158.

(20) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/uebertritt-auf-weiterfuehrende-schulen-grundschoeler-leiden-unter-hohem-stress-1.2459632>

(21) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/uebertritt-auf-weiterfuehrende-schulen-grundschoeler-leiden-unter-hohem-stress-1.2459632>

- (22) <http://www.sueddeutsche.de/karriere/entscheidung-ueber-die-richtige-schulform-ohne-noten-aufs-gymnasium-wenn-die-eltern-es-wollen-1.1082602>
- (23) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/uebertritt-auf-weiterfuehrende-schulen-grundschueler-leiden-unter-hohem-stress-1.2459632>
- (24) <http://www.sueddeutsche.de/karriere/benachteiligte-grundschueler-bessere-noten-fuer-maedchen-bei-gleicher-leistung-1.827961>
- (25) <http://www.sueddeutsche.de/karriere/entscheidung-ueber-die-richtige-schulform-ohne-noten-aufs-gymnasium-wenn-die-eltern-es-wollen-1.1082602>
- (26) <http://www.unicef-irc.org/publications/340>
- (27) Richard David Precht: Anna, die Schule und der liebe Gott, S. 302.
- (28) [http://www.welt.de/print/die\\_welt/finanzen/article136971000/Am-besten-keine-Noten.html](http://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article136971000/Am-besten-keine-Noten.html)
- (29) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/zensuren-in-schulzeugnissen-noten-sind-ungerecht-und-subjektiv-1.1286734>
- (30) <http://www.news4teachers.de/2011/12/arme-schuler-bekommen-schlechtere-noten-%E2%80%93-bei-gleicher-leistung/>
- (31) <http://www.sueddeutsche.de/karriere/benachteiligte-grundschueler-bessere-noten-fuer-maedchen-bei-gleicher-leistung-1.827961>
- (32) <http://www.spiegel.de/schulspiegel/dicke-kinder-bekommen-schlechtere-noten-in-der-schule-a-925100.html>
- (33) <http://www.sueddeutsche.de/bildung/zensuren-in-schulzeugnissen-noten-sind-ungerecht-und-subjektiv-1.1286734>
- (34) [http://www.welt.de/print/die\\_welt/finanzen/article136971000/Am-besten-keine-Noten.html](http://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article136971000/Am-besten-keine-Noten.html)
- (35) Zitiert nach einer Rede von Sir Ken Robinson: Changing the Paradigms.  
<https://www.youtube.com/watch?v=mCbD54hSa0s>  
<https://www.psychologytoday.com/blog/creative-synthesis/201203/be-more-creative-today>
- (36) Dieses Recht für die Schüler fordert der Pädagoge Janusz Korczak. Zitiert in Henning Sußebach: Liebe Sophie!, S. 94.
- (37) Vgl. die TED-Talk-Rede „Do Schools Kill Creativity“ von Sir Ken Robinson.  
<https://www.youtube.com/watch?v=iG9CE5wbtY>
- (38) <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,734775,00.html>
- (39) <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,744030,00.html>
- (40) <http://www.deseco.admin.ch/bfs/deseco/en/index/03/04.parsys.97111.downloadList.89603.DownloadFile.tmp/2005.dskcexecutivesummary.ge.pdf>
- (41) Jochen Krautz: Bildung Ware, S. 129f.

Quelle: <http://www.hintergrund.de/hintergrund-heft-04-2015-das-neue-bildungsideal-lernen-mit-leistungsdruck.html>



**Torsten Bultmann**, politischer Geschäftsführer des BdWi

DFG-Förderatlas 2015

## Hochschulfinanzierung in der Drittmittelfalle

„Wer einmal oben ist, bleibt dort auch“ – so das nüchterne Ergebnis im Gastbeitrag von Torsten Bultmann vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Er hat sich für Studis Online das „Ranking“ der DFG genauer angeschaut. Um das System der ungleichen Finanzierung der Hochschulen zu ändern, fordert Bultmann politischen Druck von der Öffentlichkeit und dem akademischen Mittelbau.

Von [Torsten Bultmann](#) (politischer Geschäftsführer des [BdWi](#))

Die Hochschulfinanzierung steckt in der Drittmittelfalle: Große Unis haben eine bessere Chance bei der Akquise von zusätzlichen Geldern, während viele leer ausgehen und unterfinanziert sind. Im September diesen Jahres veröffentlichte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ihr [Forschungsförderranking 2015](#)<sup>1</sup>. Unter diesem Titel jedenfalls ist das seit 1991 alle drei Jahre erscheinende Zahlenwerk mit dem Untertitel „Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland“ bekannt geworden. Die DFG, deren Budget nach einem Bund-Länder-Schlüssel aus Steuergeldern finanziert wird, ist die größte Drittmittelgeberorganisation des Landes.

Nach eigenen Angaben verteilt sie ein Drittel aller Drittmittel auf das deutsche Hochschulsystem für befristete Forschungsprojekte über wettbewerbliche Antragsverfahren. Folglich werden auf diese

Weise „Sieger“ und „Verlierer“, einnahmestärkere und ärmere Hochschulen in einem seit mehr als zwei Jahrzehnten in seiner Grundausstattung unterfinanziertem System produziert. In dem Ranking werden sämtliche Drittmittel (nicht nur DFG-Mittel) der Hochschulen bilanziert. Es ist damit eine unentbehrliche Quelle zur Beurteilung der Hochschulfinanzierung – und damit zugleich immer auch Anlass der Kritik an einer zunehmend ungleichen Hochschulfinanzierung.

Dieser Kritik begegnete die DFG bereits 2012 durch einen Namenswechsel. Auf einmal war nicht mehr wie bisher von einem Förderranking die Rede, das Konvolut wurde fortan „Förderatlas“ getauft. Dies sei „auch ein forschungspolitisches Signal: Nicht 'immer mehr' und 'immer höher' ist das, was zählt, sondern der Erfolg, mit dem es Hochschulen (...) gelingt, ein spezifisches Forschungsprofil zu entwickeln...“<sup>2</sup> Also eine harmlose horizontale Beschreibung von Forschungsprofilen bei gleichzeitiger verbaler Abrüstung des Wettbewerbsdrucks, über dessen administrativen Aufwand und ungleiche Chancen die Hochschulen zunehmend klagen.

#### **Die Wissenschafts-Bundesliga**

Ob diese kosmetisch-verbale Umrüstung gelungen ist, darf bezweifelt werden. Das zeigen schon die ersten Reaktionen auf die aktuelle Veröffentlichung, die ganz im Geiste „wissenschaftlicher“ Sportereignisse verfasst sind. Da liest man etwa: [„Spitzenreiter LMU München“](#), [„TU Dresden erstmals unter den Top Ten“](#), [„Universität Leipzig klettert auf Platz 31“](#), [„Universität Mannheim führt Feld der Wirtschaftswissenschaften an“](#).

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Reaktionen, mit denen einige höher platzierte Hochschulen sich selber feiern. Und gleichzeitig ist dies völlig nichtssagend im Hinblick auf wissenschaftliche Leistungen. Die Platzierung in einer Tabelle sagt weder etwas über die Qualität noch die gesellschaftliche Relevanz der jeweiligen Forschungsleistungen aus. Vor allem zeigt dies nur, wieweit die Wettbewerbsideologie bereits in die Köpfe der Verantwortlichen vorgedrungen ist.

Dabei haben wir es mit einem reinen Mengeneffekt zu tun, bei dem die schiere Gesamtsumme der eingeworbenen Drittmittel gemessen wird nach dem Muster „wer mehr verbraucht ist umso besser!“. Damit werden Äpfel und Birnen verglichen, weil etwa unterschiedliche Größen der Hochschulen keinerlei Rolle spielen: eine kleine Hochschule mit etwa 60 ProfessorInnen, wie die Uni Flensburg, hat zweifellos ein geringes Drittmittelpotential als eine mit 400-500 Professuren.<sup>3</sup>

Daraus zu schließen, erstere sei als komplette Institution „schlechter“, ist völlig unzulässig. Darauf wies etwa als einziger der frühere Westberliner Wissenschaftssenator George Turner hin: „Gern wird dann die Summe der eingeworbenen Mittel addiert und eine Rangfolge der Hochschulen in Tabellenform erstellt. Wer am meisten hat, ist 'Spitze'. Dabei geht der Blick verloren für die Unterschiede zwischen den Universitäten. Sie differieren, was die Zahl der Studierenden angeht, zwischen 5000 und 50.000. Entsprechend groß ist der Unterschied bezüglich der Zahl der Wissenschaftler.“ ([Tagesspiegel 06.09.2015](#)). Schließlich werden Unterschiede zwischen den Fächern komplett ignoriert.

#### **„Wissenschaft lässt sich weder wie eine Schlagerparade noch wie eine Sporttabelle bewerten“**

So weist etwa die DFG selbst darauf hin, dass die Professorenschaft im Maschinenbau neun bis elf-fach höhere Einwerbungen erzielt als die Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften (S.101) – nicht weil die Ingenieurbereiche so viel 'besser' sind, sondern weil die „Bücherwissenschaften“ für ihre Forschungen wesentlich weniger Geld brauchen als die material- und geräteintensiven Disziplinen. Hochschulen mit sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächerschwerpunkten (vor allem ohne Medizin) tauchen daher recht selten auf den vorderen Plätzen auf, was ebenfalls nichts aussagt. Wissenschaft lässt sich weder wie eine Schlagerparade ('Top Ten') noch wie eine Sporttabelle bewerten.

#### **Verhältnis Grundmittel/Drittmittel**

Der sich seit zwei Jahrzehnten abzeichnende Trend wird durch das aktuelle Ranking bestätigt und verstärkt: die Grundmittel für die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen stagnieren (bei wachsenden Studierendenzahlen), die Drittmittel wachsen ständig und werden zunehmend zu einem Surrogat für die fehlende Grundausstattung, was vor allem dann als Problem erscheint, wenn man weiß, dass sich das Gros der Drittmittel auf eine Minderheit der Universitäten konzentriert (s.u.). Der Rest bleibt im Regen stehen.

Die Gesamtdrittmittelsumme aller Hochschulen (aus allen Förderquellen einschließlich der DFG) betrug im Jahre 2012 insgesamt 6,8 Mrd. Euro (2009: 5,3 Mrd.). Dem standen lediglich 17,5 Mrd. Euro Grundmittel (ohne Verwaltungseinnahmen) gegenüber. Die Drittmittelquote (Verhältnis Drittmittel zu Grundmitteln) betrug damit 28 Prozent des gesamten Hochschulbudgets (2009: 26 Prozent, 2003: 19 Prozent). (S.25) Die Drittmittelquote steigt also kontinuierlich. Dies ist kein spontaner oder indirekter Effekt, sondern offenbar so politisch gewollt.

Das spiegelt sich auch darin wider, dass der Anteil der Drittmittel aus privaten Quellen, überwiegend der gewerblichen Wirtschaft, rückläufig ist. Er lag am Ende des Berichtszeitraums (2011-2013) bei 20 Prozent (2005: 28 Prozent). (S.27) Schon deswegen handelt es sich bei wachsenden Drittmittelanteilen nicht um eine „Privatisierung“ der Wissenschaftsfinanzierung (im Sinne der Eigentumsfrage), wie häufig in linken Debatten vermutet wird. Angemessener ist die Bezeichnung „funktionale Privatisierung“<sup>4</sup>: über eine stärker wettbewerbliche Verteilung staatlicher (steuerfinanzierter) Mittel kommen private Interessen an den Hochschulen indirekt mehr zum Zuge, ohne selbst investieren zu müssen.

### **Es handelt sich um eine immer stärkere Ungleichverteilung von Steuergeldern**

Die Kehrseite davon ist, dass offenbar ein informeller politischer Konsens existieren muss, finanzielle Zuwächse aus öffentlichen Mitteln an den Hochschulen nur noch selektiv und über „wettbewerbliche“ Verfahren zu verteilen. Diese faktische Transformation von einer auslastungsorientierten Finanzierung (Studierende im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personalbedarf), wie sie sich in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts herausgebildet hat, zu einer Wettbewerbsfinanzierung ist aber politisch nie begründet oder auch nur zur Diskussion gestellt worden. Dennoch handelt es sich um eine Umverteilung – und immer stärkere Ungleichverteilung – von Steuergeldern.

Folglich könnte ein erheblicher Teil der 80 Prozent Drittmittel aus öffentlichen Quellen auch anders verteilt werden: etwa um die Studienbedingungen zu verbessern und mehr wissenschaftliches Personal einzustellen. Mittelbar würden damit auch (künftige) Forschungspotentiale aufgebaut. Offenbar ist dies aber politisch nicht gewollt, weil sich der „Ertrag“ derartiger Investitionen nicht in den dominierenden kurzfristigen Wettbewerbszyklen messen lässt.

Schließlich suggeriert das Ranking in seiner öffentlichen Wirkung, selbst wenn die DFG das so explizit gar nicht sagt, dass relevante Forschung vor allem drittmittelfinanziert ist. Die 17,5 Mrd. Euro Grundmittel dienen jedoch der Finanzierung von Grundlagenforschung, Studium und Lehre: Der Staat finanziert die Gehälter von ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sowie etwa Labore und Bibliotheken. Dies ist die notwendige Infrastruktur für tägliche Forschung – auch ohne Drittmittel. Sie findet ihren Ausdruck in Veröffentlichungen, in Diskussionen innerhalb der scientific community und zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Man darf vermuten, dass ein erheblicher Teil, wenn nicht sogar der größere Teil, der Forschung aus diesen Quellen stattfindet, selbst wenn diese tagtäglichen Arbeitsprozesse an Hochschulen Rankingtabellen zunächst unzugänglich sind.

In der gängigen Fixierung auf Drittmittel fällt all dies leicht unter den Tisch. Das geht bis hin zur Behauptung in den Medien, dass außerhalb der Drittmittelfinanzierung überhaupt keine Forschung stattfindet. So konnte man in der Zeit (24.9.15) anlässlich der Besprechung des aktuellen DFG-Rankings folgendes lesen: „[Der Nordosten Deutschlands bleibt eiskalt](#). Zwischen östlicher Uckermark und Lüneburg, zwischen Rostock und Magdeburg liegt wissenschaftliches Brachland, hier wird quasi nicht geforscht.“ Diese komplett unsinnige Bewertung nimmt ausschließlich Drittmittelkennziffern wahr. Jenseits davon gibt es keine Forschung an öffentlichen Hochschulen, so die Behauptung. Und insofern ist auch der Titel des 2015er-Rankings „Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland“ zumindest irreführend.

### **Konzentrationseffekte und Verteilungsmuster**

Im aktuellen Ranking ist die DFG sichtlich bemüht, auf die Kritik an ihr aus verschiedensten Richtungen einzugehen. Diese Kritik lässt sich so zusammenfassen<sup>5</sup>, dass ihre Förderpolitik einen wissenschaftsindifferenten finanziellen Konzentrationseffekt an der Spitze des Universitätssystems begünstigen würde, der im bibelfesten Volksmund als „Matthäus-Effekt“ sprichwörtlich ist.<sup>6</sup> Es gibt gegenwärtig (nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz) 110 Universitäten und Technische Universitäten in Deutschland.<sup>7</sup> In den einschlägigen Rankings, welche die DFG nach unterschiedlichen Indikatoren aufstellt, tauchen davon überhaupt nur vierzig als „drittmittelrelevant“ auf. Diese in ihrer Zusammensetzung relativ stabile Gruppe erreicht 86,6 Prozent aller DFG-Bewilligungen für den Hochschulsektor. Wer außerhalb dieser Liga spielt, hat aufgrund fehlender Finanzen – und vor allem: fehlender Forschungsinfrastruktur, die anteilig auch von der DFG finanziert wird (s.u.) – kaum eine Chance, in die obere Liga jemals aufzurücken.

Von Platz 40 an aufwärts nehmen die Konzentrationseffekte dann noch einmal deutlich zu, insbesondere die Top 20 sind in ihrer Zusammensetzung und partiell auch in ihrer Reihenfolge ziemlich stabil. Noch in ihrem 2009er-Förderranking brüstete sich die DFG damit, dass 60 Prozent aller ihrer Fördermittel und 80 Prozent aller zusätzlichen Mittel aus dem Sonderprogramm der Exzellenzinitiative (in der damaligen Förderrunde von 2006-2011 waren dies 1,9 Mrd. Euro, in der aktuellen von 2012-2017 sind es 2,4 Mrd. Euro) auf diese Top-20-Gruppe fielen.<sup>8</sup>

### „Wer einmal oben ist, bleibt dort auch.“

Ein ziemliches Eigentor, weil dies natürlich die Kritiker auf den Plan rief mit der Vermutung, dass die so geschaffenen hierarchischen materiellen Leistungsbedingungen auch künftige Leistungsprognosen und Förderchancen begünstigen würden, dass also eine Spirale „nach oben“ aus viel Geld und künftigen zusätzlichen Drittmitteln im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geschaffen würde; kurz: ein reiner Mengeneffekt mit der Tendenz, sich gegen ungetrübte wissenschaftliche Urteile zu verselbständigen. Einfacher gesagt: Wer einmal oben ist, bleibt dort auch. Solche spektakulären Bezifferungen der Top-20-Liga enthält das aktuelle Ranking nicht. Vermutlich aus gutem Grund. Durchschnittswerte werden vor allem aus der 40er-Gruppe gebildet, womit sie natürlich geringer und die Konzentrationseffekte unauffälliger sind.

Im aktuellen Ranking, welches den Förderzeitraum 2011-2013 erfasst (inkl. Exzellenzinitiative), steht die LMU München auf Platz 1 mit 277,8 Millionen DFG-Mitteln insgesamt gefolgt von Heidelberg (274,7 Mio.) und der RWTH Aachen auf Platz 3 (272,5 Mio.), danach die TU München und die FU Berlin. Auf Platz 40 steht die Uni Halle-Wittenberg mit 68,4 Mio. Im 2012er Ranking (Förderzeitraum 2008-2010) stand noch Aachen auf Platz 1 (278,1 Mio.), danach LMU München, FU Berlin, TU München und Heidelberg.<sup>9</sup> Diese fünf genannten Spitzenreiter tauschen mal untereinander die Plätze, bleiben aber immer oben.

Auf Platz 40 befand sich damals die TU Braunschweig mit 61,5 Mio. DFG-Mitteln. Der Abstand zwischen 1 und 40 hat sich also geringfügig verringert. Im 2012er-Ranking warb Aachen noch die 4,52-fach höhere Menge an DFG-Mitteln ein, im aktuellen Ranking beträgt der Unterschied zwischen 1 und 40 nur noch das 4,06-fache. Schlussfolgerung der DFG aus dieser ihrer Berechnung: „Die 'Drittmittel-Hochburgen' entfernen sich als nicht immer weiter von den kleineren Hochschulen. Vielmehr schließen letztere auf, und der Abstand verringert sich.“ (S.61) Das kann man sich zwar wünschen oder vermuten, ist aber als These auch reichlich kühn, wenn diese sich lediglich auf ein Plus von 7 Millionen Euro bei der Hochschule auf dem vierzigsten Platz stützt. Immerhin wird direkt im Anschluss daran noch eingeräumt: „Derzeit ist es noch zu früh daraus auf einen Trend zu schließen.“ (ebd.)

### Selbsterfüllende Prophezeiungen

Schließlich geht es bei der Bewertung des Drittmittelsektors und seiner Wirkung auf das gesamte Hochschulsystem nicht um einstellige Millionenbeträge, sondern um Milliardensummen und deren Konzentration an dessen Spitze. Wenn hier bisher von DFG-Mitteln die Rede war, handelt es sich, wie schon gesagt, um ein Drittel dieses Sektors. Auch das aktuelle Ranking bestätigt einen Trend, der sich schon in den vergangenen abzeichnete: Drittmittel aus anderen Quellen folgen überwiegend der Verteilung der DFG. Deren Förderung gilt als Ausweis von Forschungsstärke; sie ist damit auch ein Signal an andere Mittelgeber, die entsprechenden Bereiche als besonders förderungswürdig ins Auge zu fassen.<sup>10</sup>

Im Zeitraum 2011-2013 warben Universitäten, die auch in der Exzellenzinitiative erfolgreich waren (45 von 110), 86,6 Prozent aller DFG-Bewilligungen (5,8 Mrd. Euro), 73,2 Prozent der Forschungsförderung des Bundes (2,5 Mrd. Euro) und 85,7 Prozent aus der Forschungsförderung der Europäischen Union (954 Mill. Euro) ein. (S.87)



[www.dfg.de](http://www.dfg.de)

Die Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Hier wird über Wohl und Wehe des Forschungsetats praktisch aller Universitäten in Deutschland entschieden.

Das aktuelle Ranking weist schließlich erstmalig Daten zu der von den DFG bewilligten bzw.

empfohlenen Großgeräteinvestitionen aus. Es ist wenig bekannt, dass die DFG auch auf diesem Gebiet agiert. Zu den Großgeräten zählen etwa IT-Systeme für Rechenzentren oder Hochschulbibliotheken, auch für Hochschul- und Klinikverwaltungssysteme, schließlich Forschungsbauten mit integrierten Großgeräten. In der Regel stellt das jeweilige Bundesland einen Antrag beim Wissenschaftsrat, der die DFG mit einem Gutachten beauftragt. Bei einer positiven Begutachtung stellt die DFG 50 Prozent der Beschaffungskosten zur Verfügung. Die andere Hälfte wird von Sitzland oder der Hochschule getragen. Im Zeitraum 2011-2013 wurden in diesem Rahmen von der DFG 1,2 Mrd. Euro bewilligt. (S. 79)

Interessant sind dabei vor allem die regionalen Konzentrationen dieser Investitionen. Eigentlich ist das aber auch nicht schwer zu erraten. Es profitieren vor allem Standorte mit überdurchschnittlich hohem Drittmittelaufkommen und spektakulären Erfolgen in der Exzellenzinitiative. An der einsamen Spitze steht etwa München mit seinen zwei „Eliteuniversitäten“ (120,4 Mio. Euro); stark investiert wird zum Beispiel in Aachen, in der Region Unterer Neckar (Heidelberg, Mannheim) oder in Berlin (ebenfalls zwei „Eliteuniversitäten“). (S. 78)

Der Begriff „Investition“ darf hier getrost auch betriebswirtschaftlich interpretiert werden. Solche Investitionen müssen sich nämlich „amortisieren“. Das kann nur gelingen, wenn die entsprechenden Standorte weitere Forschungsfinanzierungen – Drittmittel etwa – akquirieren.

Ohnehin hatten im Wettbewerb um Drittmittel die Hochschulen schon immer schlechte Karten, die nicht über eine gewisse Mindestausstattung an Forschungsinfrastruktur verfügen. Und das sind viele. Wer also nicht über die neusten High-Tech-Geräte wie an den genannten Spitzenstandorten verfügt, wird auch künftig schlechte Karten behalten. Am oberen Ende der Leistungsskala baut die DFG mit an der baulichen und technischen Forschungsinfrastruktur, die dann ihre künftigen Förderentscheidungen begünstigt. Auch auf diesem Wege werden die hier schon häufiger kritisierten Konzentrationsprozesse, wird eine außer-wissenschaftliche Hierarchisierung der Hochschullandschaft gefördert.

#### **Lässt sich der Trend umkehren?**

Solange die Tendenz anhält, finanzielle Zuwächse in einem insgesamt unterfinanzierten System vor allem über Drittmittel zu verteilen – und diese an einer Minderheit von Hochschulen zu konzentrieren – sitzen vor allem die Universitäten in gewisser Weise in einer Falle. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig als das Spiel mitzumachen und zu versuchen, ihre strukturelle Unterfinanzierung durch Mitteleinwerbung wenigstens partiell zu kompensieren. Sie sind quasi zum „Wettbewerb“ gezwungen.

Das zieht eine ganz Reihe struktureller Fehlentwicklungen nach sich, auch oder gerade außerhalb der unmittelbaren Forschung. So werden etwa bei einer konstant schlechten Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal (im Verhältnis zu den wachsenden Studierendenzahlen) immer größere Personalressourcen für Antragsstellung, Mittelverwaltung und Leistungsdokumentation gebunden. „Es wächst der Verwaltungsapparat und es schrumpfen Forschung und Lehre“<sup>11</sup>, so bringt es der Bamberger Wissenschaftssoziologe Richard Münch bündig auf den Punkt.

Die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen können in der Tendenz nicht mehr angemessen wahrgenommen werden. Solange finanzielle Zuwächse vor allem in der Projektforschung erwirtschaftet werden können, erscheinen Studium und Lehre als „Restgröße“ und – leider häufig genug – als Einsparressource, etwa um Mittel für die Verbesserung der Infrastruktur in den drittmittelstarken Bereichen erwirtschaften zu können. Dies fördert den Trend einer administrativen Verkürzung und Verschulung des Studiums.<sup>12</sup>

Geht man davon aus, dass Studium und Lehre Grundfunktionen für die Reproduktion des Wissenschaftssystems sind – nicht allein für gesellschaftlich relevante akademische Qualifikationen, sondern auch für den unmittelbaren wissenschaftlichen Nachwuchs in der künftigen Forschung – sägt sich das System auf diese Weise selbst den Ast ab, auf dem es sitzt.

Möglicherweise sieht die DFG das sogar ähnlich. Im Jahre 2013 veröffentliche sie etwa ein „Positionspapier zur Zukunft des Wissenschaftssystems“.<sup>13</sup> Dort liest man bereits auf der Ersten Seite: „Funktional konstitutiv für das Wissenschaftssystem und seine Selbstreproduktion sind die Universitäten. Sie sind der einzige Organisationstypus, der das gesamte Spektrum wissenschaftlicher Fächer abdeckt, der auf allen Niveaus der Leistungserbringung sämtliche Funktionen von Wissenschaft integriert und aufeinander bezieht und auf den daher alle anderen Organisationstypen funktional angewiesen sind. Aus diesem Grunde betrifft die Erosion der Grundfinanzierung universitärer Forschung und Lehre das Gesamtsystem im Kern und gefährdet seine Leistungsfähigkeit.“ (Hervorhebung des Verf.)

## Es fehlt der politische Druck

Alle wissenschaftlichen Spitzenorganisationen – Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Wissenschaftsrat, Deutscher Hochschulverband (DHV) etc. – stimmen regelmäßig in diese Klage ein. Die Frage ist, warum dies keinerlei Konsequenzen hat? Weil ein entsprechender politischer Druck nicht vorhanden ist. Dann müssten nämlich die dominierenden Finanzverteilungsstrukturen im Hochschulsystem insgesamt infrage gestellt werden.

Die gleichen Organisationen jubeln aber Programme wie die Exzellenzinitiative hoch und propagieren Drittmittelumfang als Ausdruck von „Forschungsstärke“. Das heißt, sie sind aktiver Teil dieser Strukturen und tun so, als seien die Einfrierung der Grundfinanzierung und die erheblichen Zuwächse bei den Drittmitteln – bzw. deren Konzentration an wenigen „Spitzenuniversitäten“ – zwei völlig unterschiedlich Vorgänge, die nichts miteinander zu tun hätten – und nicht zwei Kehrseiten einer Medaille. Der Politik wird so das Alibi einer „leistungsorientierten“ Hochschulfinanzierung beschafft. Motto: wer viel Drittmittel einwirbt, ist eben „leistungsstark“; Einrichtungen, die ihren gesetzlichen Regelbetrieb aufgrund seiner Unterfinanzierung kaum noch aufrecht erhalten können, die wenig Geld haben, auch weil sie wenig oder gar keine Drittmittel einwerben, haben sich dies selbst zuzuschreiben usw.

Wenn also die DFG ihre – zutreffende – Warnung vor der „Gefährdung des Gesamtsystems“ ernst meint, müsste sie ihre eigene strategische Schlüsselposition für den Zustand dieses Systems infrage stellen. Sie müsste ihre Arbeit einstellen bzw. sich selbst bestreiten. Was sie natürlich nicht tut. Schließlich verschafft ihr die Drittmittelorientierung auch einen erheblichen Machtzuwachs. Der politische Druck für eine Veränderung der Geschäftsgrundlage der Hochschulfinanzierung muss also anders zustande kommen: aus der Öffentlichkeit und von der Mehrheit der Hochschulangehörigen, d.h. den nicht-professoralen Statusgruppen, deren Arbeitsbedingungen durch die herrschenden Finanzierungsmuster ständig verschlechtert werden.

### Fußnoten

<sup>1</sup> DFG (2015): Förderatlas 2015 - Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland, Bonn. (alle Zahlen und Seitenabgaben im laufenden Text, soweit nicht anders vermerkt, aus der Printversion dieser Veröffentlichung.

<sup>2</sup> DFG (2012): Förderatlas 2012, Bonn. S.17

<sup>3</sup> Die DFG belegt diesen Zusammenhang zwischen Größe (Personalstärke) und Drittmittelumfang selbst: die 45 (von 110) Universitäten, die an der Exzellenzinitiative beteiligt sind, warben 2012 76 Prozent aller Drittmittel (einschließlich der Exzellenzmittel) ein und verfügen über 65,7 Prozent des wissenschaftlichen Personals. (S.86, 87)

<sup>4</sup> So etwa Wolfgang Lieb in seinem Referat „[Funktionale Privatisierung staatlicher Aufgaben am Beispiel öffentlicher Hochschulen](#)“ (nachdenkseiten.de, 21. September 2015).

<sup>5</sup> In [meiner Besprechung des 2012er-DFG-Rankings](#) habe ich versucht, diese vielstimmige Kritik zusammenzufassen.

<sup>6</sup> „Wer da hat, dem wird gegeben werden, (...) wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat.“ (Mt. 25, 29) Der zweite Halbsatz wird häufig ignoriert, trifft aber auf die hier kritisierten Verteilungsstrukturen voll zu: die Mehrheit der deutschen Universitäten, an denen die Drittmittelströme vorbei fließen, könnte schließlich mit Recht reklamieren, dass die 80 Prozent Drittmittel aus öffentlichen Quellen die ihnen fehlenden – und vorenthaltenden – Grundausrüstungsmittel darstellen.

<sup>7</sup> 99,5 Prozent aller DFG-Bewilligungen gehen an Universitäten. Damit haben die Fachhochschulen gegenüber dem Ranking 2012 ihren Anteil immerhin von 0,3 auf 0,5 Prozent gigantisch gesteigert.

<sup>8</sup> DFG (2009): Förderranking 2009, Bonn. S. 55-57

<sup>9</sup> DFG (2012), S.76

<sup>10</sup> Diesen Effekt hat die DFG 2003 selbst einmal als „hoch-korrelativ“ bezeichnet; vgl.: DFG (2003). Förderranking 2003, Bonn. S. 127

<sup>11</sup> Richard Münch (2011): Akademischer Kapitalismus. Berlin, S.72

<sup>12</sup> Dieser Trend wird etwa durch die in vielen Bundesländern praktizierte leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) noch verstärkt, wenn es dabei etwa finanzielle Boni für die Zahl der Studienabschlüsse (und häufig Sonder-Boni für Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit) gibt: Je mehr Studienabschlüsse in umso kürzerer Zeit eine Hochschule produziert, um so mehr Geld bekommt sie aus der LOM.

<sup>13</sup> [www.dfg.de/download/pdf/dfg\\_im\\_profil/reden\\_stellungnahmen/2013/130704\\_dfg-positionspapier\\_zukunft\\_wissenschaftssystem.pdf](http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2013/130704_dfg-positionspapier_zukunft_wissenschaftssystem.pdf)



Wolfgang Lieb

## Funktionale Privatisierung staatlicher Aufgaben – am Beispiel öffentlicher Hochschulen

Referat von **Wolfgang Lieb** auf der gemeinsam von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, dem BdWi dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e.V., dem DGB Brandenburg und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstalteten Tagung „Öffentlich vor privat – Die Zukunft der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge“ am 19.9.2015 in Berlin.

Die deutschen Hochschulen haben seit der Jahrhundertwende die größten Umbrüche seit den preußischen Universitätsreformen hinter sich. Es fand ein Leitbildwechsel weg vom humboldtschen Bildungsideal hin zum hayekschen Glauben an die Überlegenheit der Markt- und Wettbewerbssteuerung einer vom Staat „entfesselten Hochschule“ (so Detlef Müller-Böling, ehemals Geschäftsführer des n Centrums für Hochschulentwicklung, CHE, der Bertelsmann Stiftung) statt. Unter dem positiv und vor allem bei den Hochschulangehörigen sympathisch empfundenen Tarnwort „Autonomie“ wurde in Deutschland ein Systemwechsel von der sich selbstverwaltenden Gruppenuniversität zur „unternehmerischen“ Hochschule vollzogen.

Dieser Leitbildwechsel hat zwar in den verschiedenen Hochschulgesetznovellierungen der Länder unterschiedliche Ausprägungen erfahren, aber die Grundtendenz war überall gleich. Nämlich weg von der demokratisch verantworteten, sich selbst verwaltenden Hochschule hin zur wettbewerbsgesteuerten Hochschule. Der Wettbewerb auf dem Forschungs- und Ausbildungsmarkt und „Standortkonkurrenz“ sollten zu den wichtigsten Steuerungsinstrumenten der Hochschul- und Forschungsentwicklung werden.

Damit kein Missverständnis aufkommt, ich wende mich nicht gegen einen Wettbewerb um die besten Forschungsleistungen. Einen solchen Wettbewerb unter Wissenschaftlern hat es immer gegeben. Wissenschaft – zumal an einer von der Allgemeinheit getragenen Hochschule – ist genuin auf den Wettstreit um die richtige Antwort – pathetisch gesagt – auf den Wettstreit um Wahrheit angelegt. Hinter dem Wettbewerb im Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ steht aber nicht das Bild vom Wettstreit um Wahrheit: Es ist das Bild einer Hochschule, die wie ein Unternehmen ihre „Produkte“ und „Waren“ – also ihre Forschungsleistungen sowie ihre Aus- und Weiterbildungsangebote – auf dem Markt an kaufkräftige Nachfrager abzusetzen hat: nämlich an zahlungskräftige Forschungsförderer und Auftraggeber, an Stifter und Sponsoren – und an Studierende, die nunmehr „Kunden“ sein sollen und deshalb für die eingekaufte „Ware“ namens Studium zur Kasse gebeten werden sollten.

### **Zwischenbemerkung:**

Die Studiengebühren waren als „nachfrageorientierte“ Steuerung gedacht. Die zunächst auf 500 Euro pro Semester begrenzte Gebühr sollte dabei nur der Einstieg sein.

Wenn erst einmal der Anfang gemacht ist – so planten die Befürworter -, dann würden die Gebühren – wie überall in der Welt, also etwa in Großbritannien oder Australien oder im klassischen Gebührenland USA schon steigen. Exzellenzuniversitäten in den Metropolen mit großer Nachfrage könnten darüberhinaus dann mehr verlangen, als Hochschulen in der Provinz.

Die Studiengebührenbefürworter hatten allerdings nicht mit dem breiten politischen Widerstand gerechnet, der sogar Wahlentscheidungen beeinflusste. Zum Wintersemester 2014/2015 schaffte Niedersachsen als letztes Bundesland die Studiengebühren wieder ab. In Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und im Saarland wurden nach Wahlniederlagen von CDU und FDP, die Studiengebühren wieder abgeschafft. Selbst in Bayern wagte die mit absoluter Mehrheit wiedergewählte CSU nicht, die 2013 abgeschaffte Campus-„Maut“ wieder einzuführen.

Doch die Studiengebührenbefürworter geben keine Ruhe. Im letzten Herbst fingen die Hochschulrektoren an, wieder mobil zu machen.

Wie tief der politische und ökonomische Sachverstand der angeblichen Manager unserer „hohen Schulen“ gesunken ist, belegt die Argumentation des Vorsitzenden der HRK, Horst Hippler: Vor dem Hintergrund knapper Landeskasernen und der „Schuldenbremse“ sei das Thema Studiengebühren „garantiert nicht erledigt“.

Dass die öffentliche Verschuldung etwas mit dem „Steuersenkungswahn“ der letzten Dekade und die „Schuldenbremse“ etwas mit dem neoliberalen Dogma des „Aushungern“ des Staates („starve the beast“) zu tun hat, sehen die Rektoren in ihrer Anpasstheit an die herrschende Ideologie leider nicht

mehr. Statt alle politischen Hebel in Bewegung zu setzen, die Hochschulpaktmittel pro Studienanfänger von 26.000 Euro auf wenigstens 30.000 Euro anzuheben oder dafür zu kämpfen, dass die Länder die vom Bund übernommenen BAFÖG-Mittel in die Hochschulen stecken, wollen die Rektoren lieber die Studierenden zu Kasse bitten. Sie tun gerade so, als ob damit die Unterfinanzierung der Hochschulen überbrückt werden könnte.

### **Zweite Zwischenbemerkung: Wie kam es zu dem Leitbildwechsel?**

Spätestens nach dem Scheidebrief an die sozialliberale Koalition, dem sog. Lambsdorff-Papier aus dem Jahre 1982 haben der „Thatcherismus“ und die „Reaganomics“ auch in Deutschland ihren Siegeszug angetreten. Das Rezept ist schlicht: Der Markt kann alles besser als der Staat. Und um dieser Ideologie politisch zum Durchbruch zu verhelfen, muss man die staatlichen Angebote öffentlich schlecht machen.

Manche der Älteren unter Ihnen werden sich bestimmt noch an die Schlagworte erinnern, mit denen auf dem Feld der Hochschulen im Wortsinne zugeschlagen wurde: Die Hochschulen seien „Mittelmaß“, im „Kern verrottet“ (so etwa der Sozialdemokrat Peter Glotz), „mit dem Latein am Ende“ (Spiegel) oder einfach nur „krank“. Das hatte durchaus Methode: Mit diesem Schlechtreden des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ wurden ja auch die ganzen sog. „Strukturreformen“ der Agenda 2010 und das Lohndumping durchgesetzt.

Hochschullehrer sind Einzelkämpfer, die Erfahrung von solidarischer Kraft ist ihnen historisch unbekannt. Die Hochschulen waren politisch leider schon immer eine leichte Verfügungsmasse der politisch Mächtigen oder des Zeitgeistes. Außerdem hat sich an den Hochschulen eine „Froschperspektive“ des politischen Denkens breit gemacht. Selbst fortschrittlichere Hochschullehrer und schon gar die Hochschulleitungen greifen z.B. in ihrer finanziellen Not nur allzu gern nach dem Strohalm der Studiengebühren oder privater Drittmittel. Sie haben vor der nunmehr seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem sog. „Öffnungsbeschluss“ beginnenden staatlichen „Unterfinanzierung“ resigniert und ihre Hoffnungen auf eine angemessene staatliche Finanzierung weitgehend aufgegeben. Das Politikum, dass nämlich die knappen öffentlichen Kassen auch etwas mit dem Steuersenkungswahn und der Aushungerung des Staates der letzten Dekaden zu tun hat, wird gar nicht mehr gesehen.

Unverkennbar ist auch die überwiegende Mehrheit der Hochschulangehörigen auf den neoliberalen Mainstream eingeschwenkt. Die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, wo diese Lehre nahezu unisono verkündet wird, haben da ganze Arbeit geleistet. Über die soziale Auslese-Funktion von Studiengebühren und ihre bildungspolitische Bedeutung wird so z.B. kaum noch nachgedacht. Die Hochschulen sind ja ohnehin überfüllt, warum sollte man sich da auch noch Sorgen machen, um diejenigen, die wegen dieser Geldbarriere vor den Hörsälen bleiben

### **Bertelsmann als „informelles Bundesbildungsministerium“**

Einer der stärksten Motoren für die hochschulpolitische Entwicklung der letzten zwei Dekaden war die Bertelsmann Stiftung.

Diese Stiftung ist – entgegen dem Anschein, den sie zu erwecken versucht – keine gesellschaftspolitisch neutrale Einrichtung zu uneigennütigen Zwecken. Man kann dem verstorbenen Firmenpatriarchen Reinhard Mohn nicht einmal vorwerfen, dass er mit seiner „Mission“ hinter dem Berg gehalten hätte. Jeder kann diese noch heute auf der Website der Bertelsmann Stiftung oder etwa in Mohns Buch „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ nachlesen.

Mohn und mit ihm die Bertelsmann Stiftung vertreten eine Art deutschen Sonderweg in die wirtschaftsliberal globalisierte Welt,

- der auf eine korporatistische Unternehmenskultur setzt,
- der den Sozialstaat als überdehnt oder gar überholt betrachtet
- und der eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument an die Stelle von Mitbestimmung und demokratischer Gestaltung setzen will.

Und immer geht es deshalb auch um ein Zurückdrängen des Staates, eine Verringerung der Staatsquote und – als Mittel dazu – um die Senkung der Steuerlast. „Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang“, sagte Reinhard Mohn schon 1996 in einem Stern-Interview.

Im Hinblick auf diese Mission ist die Stiftung – wie Harald Schumann im Tagesspiegel schrieb – eine „Macht ohne Mandat“.

Auf dem Feld der Bildungspolitik ist Bertelsmann geradezu zu einem „informellen Bundesbildungsministerium“ geworden.

Unter dem Pathos der „Gemeinwohlverpflichtung“ oder „Wir helfen der Politik, dem Staat und der Gesellschaft, Lösungen für die Zukunft zu finden“ (so Reinhard Mohn) gibt es kaum ein politisches Feld von Bedeutung, wo die Bertelsmann Stiftung mit ihren Handreichungen nicht ihre Lösungsangebote macht.

Besonders engagiert ist die Bertelsmann Stiftung auf dem Feld der Hochschulpolitik. Hochschulen wurden von Reinhard Mohn – richtigerweise – als „Schlüssel zur Gesellschaftsreform“ angesehen. Mohn war einer der Gründungsväter und viele Jahre der Hauptsponsor der 1983 gegründeten ersten deutschen Privaten Universität Witten-Herdecke. Diese sollte „Stachel im Fleisch“ der staatlichen Hochschulen sein.

Witten-Herdecke schaffte es nie so richtig finanziell auf die Beine zu kommen und wäre dieser Privaten Uni der Staat nicht zur Seite gesprungen, dann wäre sie schon längst Pleite gegangen. Reinhard Mohn hat offenbar im Laufe der Zeit erkannt, dass der Weg zur Reform des Hochschulsystems über die Gründung privater Hochschulen nicht erfolgversprechend ist; schlicht: weil sich nicht ausreichend private Geldgeber finden lassen und weil die öffentlichen Hochschulen qualitativ nach wie vor überlegen sind und den Bedarf an teuren privaten Studienplätzen in engen Grenzen halten.

Viel effizienter erschien Mohn daher der Weg, die weitgehend staatlich finanzierten öffentlichen Hochschulen organisiert wie private Unternehmen in den Wettbewerb zu schicken und über die Konkurrenz um Studiengebühren und ergänzende private oder auch öffentliche Drittmittel das Hochschulsystem steuern zu lassen.

Diese Erkenntnis haben Reinhard Mohn und seine Berater wohl veranlasst 1994 das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zu gründen. Klugerweise nahm das CHE die damals ohne jeden Apparat und ohne großen institutionellen Einfluss auf die Hochschulpolitik agierende, aber umso standesbewusstere Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mit ins Boot.

So veröffentlichten das CHE und die HRK ihre hochschulreformerischen Lösungskonzepte unter einem gemeinsamen Kopfbogen und so verschaffte sich Bertelsmann ein einigermaßen unverdächtiges Entree in die Hochschulen vor allem über die Hochschulleitungen. Die Entstehungsgeschichte des sog. „Hochschulfreiheitsgesetzes“ in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2005 und 2006 ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich die Politik und der Staat aus ihrer Verantwortung für ein zentrales Feld der Zukunftsgestaltung zurück ziehen und dem Druck einer privaten Lobbyorganisationen nachgeben und sich zur verlängerten Werkbank des „Centrums für Hochschulentwicklung“ degradieren lassen.

Schaut man nämlich einmal genauer hin, woher das im HFG in Gesetzesform gegossene Konzept vom Rückzug des Staates zugunsten einer unternehmerischen Hochschule stammt, so stößt man auf die sog. „Governance Struktur“ des „New Public Management“-Modells das vom bertelsmannschen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), dem „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft“ – dem wissenschaftspolitischen Arm der Arbeitgeber – und der OECD seit geraumer Zeit der Politik angedient, um nicht zu sagen aufgenötigt wird. Da Wettbewerb und Konkurrenz das entscheidende Steuerungsinstrument sein sollen, steuern vor allem einzuwerbenden Mittel, also die von den Ländern bereitgestellte „Grundfinanzierung“ ergänzende Finanzierung – das nach wie vor ganz überwiegend staatlich finanzierte Unternehmen Hochschule.

Die staatlichen Hochschulen wurden statt den „Gesetzen“ des demokratisch legitimierten Gesetzgebers, den anonymen und angeblich objektiven „Gesetzen“ des Wettbewerbs auf dem Wissenschaftsmarkt und der Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt unterstellt.

**Die Hochschulen sollen auf Quasi-Märkten agieren und ähnliche Organisationsstrukturen wie Profitunternehmen haben**

Dazu mussten horizontale oder Bottom-up-Strukturen demokratischer oder kooperativer

Interessenvertretung von vertikalen, Top-down-Entscheidungsbefugnissen abgelöst werden. Wie in einer Aktiengesellschaft soll in diesem Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ das Management von der Spitze aus in alle Bereiche des Unternehmens – als „Dienstherr“ des „Personals“ (§ 38 HessHG) (ehemals Hochschullehrer genannt) und bis hinein in die „Ausgabungsverhältnisse“ (ehemals Studium genannt) – durchentscheiden können. Man braucht dazu sozusagen einen „Chief Executive Officer“ als Präsidenten, gegen dessen Stimme keine Entscheidung getroffen werden kann. (So war das z.B. auch in § 15 Abs. 2 Ziff. 3 des NRW- Hochschul„Freiheits“gesetzes geregelt.) Die Qualität einer Hochschule bestimmt sich nicht mehr aus ihrer wissenschaftlichen Anerkennung innerhalb der Scientific Community – also aus ihrem symbolischen oder ´kulturellen Kapital` (Pierre Bourdieu) -, sondern in der „unternehmerischen“ Hochschule erweist sich Qualität in der „Konkurrenz mit ihresgleichen“ (so schrieb der damalige Innovationsminister Pinkwart von der FDP). Und die Qualität eines wissenschaftlichen Studiums lässt sich aus den Benchmarks von Hochschulrankings ableiten, die Qualität der Forschung aus der Höhe der Drittmittelinwerbungen – also aus ganz handfestem Kapital.

Damit den Gesetzen des Wettbewerbs gefolgt werden kann, muss – dem Glaubensbekenntnis des Markt- und Wettbewerbsliberalismus entsprechend – der Staat aus dem Marktgeschehen möglichst weitgehend herausgehalten werden.

Das Parlament ist allenfalls noch der Zahlmeister, der – so wörtlich – „Zuschüsse“ gewährt.

### **„Freischwebende“ Aufsichtsräte**

An Stelle des Ministeriums oder des Parlaments als demokratische legitimierte rahmensetzende Organe wurde in der „unternehmerischen“ Hochschule – wie bei einem in Form einer Aktiengesellschaft konstituierten Wirtschaftsunternehmen – der Hochschulleitung ein frei schwebender Aufsichtsrat als „Fachaufsicht“ mit weitgehenden Kompetenzen vorgesetzt.

Die Kompetenzen der Hochschulräte sind in den einzelnen Landesgesetzen unterschiedlich weitgehend geregelt – am tiefgreifendsten war das im sog. Hochschul-„Freiheits“-Gesetz in NRW. Die Berufung in die Hochschulräte ist in den Ländern unterschiedlich geregelt, doch anders als etwa bei der Berufung der Rundfunkräte bei den staatsunabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, haben die Parlamente bei der Bestellung der Hochschulräte durch das jeweilige Ministerium in aller Regel nichts zu sagen.

Mag man bei der Bestellung der Hochschulräte noch von einer teilweisen Legitimation durch den Hochschulsenat oder wie in NRW neuerdings durch eine „Hochschulwahlversammlung“ (§ 22a HZG NRW ) und von einer mittelbaren demokratischen Legitimation durch die vom Parlament gewählte Exekutive, also dem Ministerium sprechen, so sind aber die Mitglieder des Hochschulrats nach ihrer Bestellung über ihre gesamte vierjährige Amtszeit keiner auch nur irgendwie demokratisch legitimierten Instanz mehr rechenschaftspflichtig. Sie können für Ihre oft tiefgreifenden und kostenintensiven Entscheidungen von niemand zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb nenne ich die Hochschulräte „freischwebend“.

Die meisten Hochschulgesetze billigen dem weder parlamentarisch noch gegenüber der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtigen und von der Hochschule nicht zur Verantwortung ziehbaren Hochschulrat Kompetenzen und Entscheidungsrechte zu, die dem demokratisch gewählten Parlament und der demokratisch legitimierten Regierung entzogen wurden. Ja noch mehr: Hochschulräten wurden sogar mehr Kompetenzen eingeräumt als der Staat gegenüber den Hochschulen vor dem Systemwechsel je hatte. Sie üben z.B. eine Kontrollfunktion in akademischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten aus, sie stimmen der Entwicklungsplanung zu, sie entlasten das Präsidium, sie bestimmen die Wahl der Hochschulleitung wesentlich mit.

Wenigstens einige dieser Defizite der Hochschulratsstruktur räumen inzwischen sogar die wichtigsten Protagonisten der Einführung von Hochschulräten – nämlich das bertelsmannsche Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – ein. In einem [„Handbuch Hochschulräte“](#) wird z.B. festgestellt, dass die Ehrenamtlichkeit der Hochschulräte mit ihren zumeist weitgehenden Kompetenzen konfliktiere. Statt aber die Kompetenzen der Ehrenamtlichkeit anzupassen, wird vorgeschlagen, dass die Hochschulratsmitglieder für einen „individuellen Versicherungsschutz“ Sorge tragen sollen und etwa eine „Directors and Officers-Versicherung“ abschließen sollten, wie das für das Management von Unternehmen üblich ist. Die Hochschulen sollen die entsprechenden Versicherungsbeiträge übernehmen.

Als Ersatz für eine öffentliche oder parlamentarische Kontrolle, sollen sich die Hochschulräte einer „externen Evaluation“ stellen. Und um die Ehrenamtler für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit zu rüsten, sollen die Ministerien den Hochschulräten zu Beginn ihrer Amtszeit einen Leitfaden „in Form

eines „Starter-Kits für Hochschulräte“ – so heißt es wörtlich in dem Handbuch – zur Verfügung stellen. Ich halte – mit Verlaub – diese Korrekturen eher für kabarettreif als für zielführend. Jedenfalls können sie das Legitimationsdefizit für die Dauer der Amtszeit nicht heilen.

Die Hochschulratsmitglieder mögen zwar viel Engagement und Sympathie für „ihre“ jeweilige Hochschule haben, doch sie müssen keinerlei fachliche oder rechtliche Kenntnisse besitzen, sie müssen noch nicht einmal mit dem Hochschulwesen vertraut sein. Sie sind ehrenamtlich tätig und müssen sich nach der Geschäftsordnung lediglich halbjährlich versammeln. Nach einer [empirischen Untersuchung von Macinkowski/ Kohring](#) nehmen Hochschulratsvertreter durchschnittlich zwischen 3,7 bis 4,1-mal im Jahr an Sitzungen teil und wenden – nach Eigenangaben – zwischen 50,9 bis 73,2 Stunden im Jahr für ihre Tätigkeit auf. Die Kontakte zu Hochschulvertretern sind relativ selten und finden ganz überwiegend zur Hochschulleitung statt.

In aller Regel haben Hochschulräte keinen eigenen planerischen Unterbau, der ihnen für ihre tiefgreifenden und weitreichenden Entscheidungen zurarbeiten könnte. Es bestehen – so auch das Bundesverwaltungsgericht im Hinblick auf das niedersächsische Modell einer Stiftungshochschule – (wörtlich) „durchgreifende Zweifel“, ob diese Aufsichtsräte die ihnen vom Gesetz übertragenen Kompetenzen fachlich und sachlich ausfüllen können. In der Praxis stärken Hochschulräte eher die Durchgriffsmacht der mit den Hochschulreformgesetzen ohnehin massiv gestärkten Hochschulleitungen gegenüber den Hochschulangehörigen und den Gremien der Hochschule.

Auf der Basis von Befragungen von Mitgliedern der Hochschulleitungen, von Hochschulratsmitgliedern und Kanzlern kommt selbst eine Studie des bertelsmannschen CHE über das „[strategische Management](#)“ an den Hochschulen zum Ergebnis, dass Hochschulräte zwar kaum „fachlichen Impulse“ geben, aber dafür die Macht hätten, [Strategien einzufordern](#). Im Blick auf die fachlichen Impulse ergab sich nach dieser Befragung (so wörtlich) „ein klares negatives Urteil“ (S.90)

„Die große Mehrheit der Interviewten berichtete, dass die Hochschulräte (hier vor allem die externen Mitglieder) fachlich wenig zur Strategie der Hochschule beitragen (teils wollen, teils) können... Gleichzeitig herrschte weitgehende Einigkeit dahingehend, dass es gar nicht wünschenswert sei, dass die Hochschulräte sich inhaltlich in die Strategieentwicklung einschalten würden. Bei den Vertreter(inne)n aus anderen gesellschaftlichen Feldern bestehe ohnehin nur die Gefahr, dass sie Erfahrungen aus ihrem eigenen Umfeld oder ihrer eigenen Branche überbewerteten...“  
Wenn aber selbst einer der „Erfinder“ der Hochschulräte“, das CHE, zu dem Befund kommt, dass die Hochschulräte zwar viel Macht haben, aber fachlich eher wenig zu einer Hochschulstrategie beitragen (können), dann stellt sich umso mehr die Frage, warum ihnen in den Hochschulgesetzen nach wie vor die Kompetenz eingeräumt bleibt, über die strategische Ausrichtung einer Hochschule zu entscheiden. Dass – wie von Hochschulratsmitgliedern immer wieder betont wird – die gesetzlichen Kompetenzen von den Hochschulräten nicht ausgeschöpft werden, sondern diese ihre Funktion eher als „Berater“ oder „Unterstützer“ verstehen, ändert an der Rechtslage nichts. Im Gegenteil, diese Praxis spricht für eine Änderung der Gesetze.

Ich bin selbst Mitglied in einem Hochschulrat einer Hochschule gewesen und habe so über 10 Jahren Erfahrungen mit einem solchen „Aufsichtsrat“ sammeln können:  
Dabei bin ich zur festen Überzeugung gelangt: Ein ehrenamtlicher Hochschulrat ist mit den ihm per Gesetz übertragenen Kompetenzen in aller Regel schlicht überfordert.  
In der ganz überwiegenden Zahl der zu treffenden Entscheidungen hat das hauptamtliche Präsidium einen nicht einholbaren Informationsvorsprung und kennt die möglichen Handlungsoptionen erheblich besser als zumindest jedes externe Mitglied des Hochschulrates.  
Etliche Präsidenten haben sich dadurch zu Alleinherrschern bzw. zu patriarchalischen Unternehmerpersönlichkeiten entwickelt.  
Hochschulräte arbeiten weder öffentlich noch transparent noch sind sie repräsentativ zusammengesetzt.

Nach einer Erhebung durch Bogumil et al. ordnen sich 41 % der Befragten Hochschulratsmitglieder dem Bereich Wissenschaft zu. Es könne also angenommen werden, dass eine „Orientierung an den Normen und Interessen des Wissenschaftssystems“ bestehe (S. 93f.) dass damit aber eben nicht gesellschaftliche Perspektiven eingebracht werden.

Die am zweithäufigsten vertretene Gruppe bilden Personen aus der Wirtschaft mit 36%, davon wiederum 78% von Großunternehmen.

Aber vor allem: „Führungspersönlichkeiten“ aus der Wirtschaft stellen nahezu die Hälfte aller Hochschulratsvorsitzenden. Arbeitnehmer oder andere Repräsentanten anderer gesellschaftlichen Gruppen sind nur zu einem winzigen Bruchteil vertreten. Der Anteil von Ruheständlern ist hoch. Von einer angemessenen Repräsentanz – wie es etwa in § 86 HessHG so schön heißt – wichtiger Fürsprecher aus den Bereichen „Wissenschaft, Wirtschaft, der beruflichen Praxis oder der Kultur“ kann also kaum die Rede sein.

In Abwandlung zur Kritik an US-Hochschul-Boards „white, wealthy, businessmen“ könnte man bei uns sagen die Aufsichtsräte sind überwiegend „old, wealthy, businessmen, masculine“. (In Rheinland-Pfalz inzwischen eine Quote für Frauen.)

### **Funktionelle Privatisierung**

Bei der Hochschulratsstruktur ganz allgemein handelt es sich um eine nach dem deutschen öffentlichen Recht singuläre Organisationsform.

Die Parlamente und der Staat billigen einem demokratisch nicht legitimierten, parlamentarisch nicht rechenschaftspflichtigen und von der Hochschule oder von der Gesellschaft nicht zur Verantwortung ziehbaren Hochschulrat Kompetenzen und Entscheidungsrechte zu, die teilweise weit über die Kompetenzen hinausgehen, die der Staat jemals zumindest gegenüber den Universitäten hatte. Es geht nicht etwa um eine nach dem Verwaltungsrecht mögliche Auslagerung einer öffentlichen Aufgabe in eine mitgliederschaftlich organisierte Selbstverwaltungskörperschaft, sondern um eine im demokratischen Verwaltungsstaat bisher unbekannte „Zerfaserung“ von Staatlichkeit bei einer gleichzeitigen „Erosion der klassischen Verbändebeteiligung“ und einer Verschiebung der „Organisationsverantwortung“ hin zu einigen wenigen „Führungspersönlichkeiten“, die niemand rechenschaftspflichtig sind.

(Vgl. Jörg Bogumil, Rolf G. Heinze, Stephan Grohs, Sascha Gerber, [Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche, 2007, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung \[PDF – 481 KB\]](#))

Es geht gleichzeitig um eine Machtverschiebung zu Lasten der klassisch-parlamentarischen Repräsentation der gesellschaftlichen Interessen und vor allem auch zu Ungunsten der Selbstverwaltung der Hochschule.

Die einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft nachgebildete Aufsichtsratsstruktur der Hochschulräte kommt einer „funktionellen Privatisierung“ der öffentlichen und staatlich nur noch „bezuschussten“ Hochschulen gleich. Die öffentlichen Hochschulen werden zwar noch staatlich subventioniert, die „Differenz zwischen staatlicher und privater Hochschulträgerschaft“ verliert aber an Bedeutung. (Siehe Enrique Fernández Darraz, Gero Lenhardt, Robert D. Reisz, Manfred Stock, Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit, hrsg. So eine Studie des **Institut für Hochschulforschung (HoF)** 2010; ähnlich auch [„Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland“, eine Studie des Stifterverbands in Kooperation mit McKinsey & Company \[PDF – 3.7 MB\]](#)).

Das meine nicht nur ich, sondern auch eine Studie des Instituts für Hochschulforschung (HoF) in Halle und selbst eine Studie von McKinsey für den Stifterverband kommt [zu diesem Urteil](#).

Für die Privatisierungsideologen ist eine solche „funktionelle Privatisierung“ sogar der Idealfall: Der Staat sichert die Grundfinanzierung und die ergänzende Finanzierung steuert das Ganze.

### **Autonomie für die Hochschulleitung**

Das der „unternehmerischen Hochschule“ zugrunde liegende Hochschul-Autonomie-Verständnis bezieht die „Autonomie“ im Wesentlichen auf die „Institution“ Hochschule und dabei faktisch vor allem auf die Leitungsebene. Diese Verengung des grundgesetzlichen Autonomiebegriffs auf die Institution tangiert aber das primäre „subjektive“, Freiheitsgrundrecht der Hochschulangehörigen als eigentliche Träger der Wissenschaftsfreiheit und der daraus abgeleiteten Selbstverwaltungsrechte.

Das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ wechselt einen auf die individuelle Wissenschaftsfreiheit und nur mittelbar als „institutionelle Garantie“ auch auf die Hochschule bezogenen Autonomiebegriff und verengt ihn auf die Institution Hochschule, ja noch mehr auf die Hochschulleitung.

Zugespitzt könnte man sagen: Die Institution Hochschule wurde „autonom“ von Staat und Parlament und „heteronom“ einem Hochschulrat unterstellt.

### **„Unternehmerische Hochschule“ behindert Innovation**

Jenseits rechtlicher Bewertungen widerspricht aber nach meiner Meinung die „unternehmerische“

Hochschule mit ihrer Aufsichtsratsstruktur den „professionskulturellen“ Bedingungen einer freien und innovativen Wissenschaft. Die wettbewerbsgesteuerte Hochschule ist wissenschaftlicher Kreativität nicht förderlich, sondern konterkariert eher das vorgegebene Ziel wissenschaftlicher Qualität und läuft Gefahr wissenschaftliche Innovation zu erschweren.

Auch das ist nicht nur meine persönliche Meinung sondern das Ergebnis einer Studie mit dem Titel „[Das Dilemma der unternehmerischen Universität](#)“ von Klaus Dörre und Matthias Neis an der Friedrich-Schiller-Uni in Jena. Übrigens der bisher einzig mir bekannte empirische Untersuchung, die die ansonsten ständig nur behaupteten Erfolge der neuen Hochschulstruktur in Frage stellt.

Die Studie kommt zum Ergebnis:

„Einseitig an messbaren Effizienz- und Wettbewerbskriterien ausgerichtete Steuerungssysteme, wie sie den Leitbildern der unternehmerischen Universität und eines academic capitalism entsprechen, laufen Gefahr, das Gegenteil von dem zu produzieren, was sie eigentlich beabsichtigen. Sie können Innovationen erschweren, ja geradezu blockieren.“

Denn Innovationen entstünden innerhalb der Universität als Ergebnis weitgehend ungeplanter Prozesse in Nischen, die sich einer direkten Kontrolle entzögen. Sie beruhen auf kollektivem Lernen, setzten Vertrauen und gegenseitige Anerkennung voraus.

„Das Regime von McKinsey und Co“ beeinträchtigt geradezu die Funktionsfähigkeit der „Herzkammer des Kapitalismus“, nämlich sein Innovationssystem, heißt es dort.

Zu ganz [ähnlichen Ergebnissen](#) kommt der Wissenschaftssoziologe Richard Münch:

„Die unternehmerische Universität entmacht die wissenschaftliche und die akademische Gemeinschaft und die Fachgesellschaften als Treuhänder des Erkenntnisfortschritts im inneren Kern der Wissenschaft und der Wissensvermittlung und in ihrem Außenverhältnis zur Gesellschaft. Die kollektive Suche nach Erkenntnis als Kollektivgut und der kollektive Prozess der Bildung und des Wissenstransfers in die Gesellschaft in der Hand der wissenschaftlichen und der akademischen Gemeinschaft sowie der einzelnen Fachgesellschaften wird von der privatisierten Nutzung des Erkenntnisfortschritts, der Bildung und des Wissenstransfers durch unternehmerische Universitäten im Wettbewerb um Marktanteile abgelöst.“

### **Die Lehre verliert an Boden**

Lassen Sie mich am Schluss noch auf eine Tatsache hinweisen, die in der Debatte um die wettbewerbsgesteuerte Hochschule übersehen oder vernachlässigt wird:

In der „unternehmerischen Hochschule“ hat die Lehre gegenüber der Forschung an Boden verloren. Um mehr Drittmittel einzuwerben, werden z.B. bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen immer häufiger deutliche Reduzierungen bei den Lehrdeputaten gewährt.

Die erkennbare Gefährdung der Gleichrangigkeit der Lehre hat inzwischen sogar den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Kultusministerkonferenz veranlasst den Wettbewerb „Exzellente Lehre“ auszuloben. Die Dotierung mit gerade einmal zehn Millionen Euro hat allerdings bestenfalls symbolische Bedeutung gemessen an der Drittmittelabhängigkeit der Universitäten.

### **Die Idee der Universität wird korrumpiert**

Bei real stagnierenden Grundmitteln, sind die Universitäten, um überhaupt noch Forschung betreiben zu können, mehr und mehr auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen. Der Wettbewerb um Drittmittel wird so immer mehr zum Steuerungsinstrument der Universitätsforschung. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit für den einzelnen Hochschulwissenschaftler wird dadurch eingeschränkt und die Idee der Universität als ein von Fremdbestimmung, von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen oder von politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen freier Ort der Wissenschaft wird [zunehmend korrumpiert](#).

Die „Drittmittelquote“, also der Anteil der Drittmittel an der Gesamtfinanzierung der Hochschulen und ihrer Forschungen, ist in nur gut einem Jahrzehnt von 16 auf 26 Prozent erhöht. Der Durchschnitt besagt jedoch wenig:

Der Anteil der Drittmittel an den Forschungsausgaben ist an den Hochschulen sehr unterschiedlich: er liegt bei den technischen Hochschulen mit einem hohen Anteil an mathematisch-naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Fächern deutlich höher als an klassischen Universitäten, bei der RWTH Aachen liegt dieser Anteil z.B. bei über 40%.

2011 waren an deutschen Hochschulen 26 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte, durch Drittmittel finanziert. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lag der Anteil an drittmittelfinanziertem Personal sogar bei 38%.

Etwa jeder dritte Euro der Drittmiteinnahmen kam von der (staatlich finanzierten) Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Jeder fünfte Euro inzwischen schon von der gewerblichen Wirtschaft.

### **Die Mehrheit der Lehrenden und Studierenden ist unfreier geworden**

Damit komme ich zurück auf meine Eingangsfeststellung: die staatlichen Hochschulen wurden statt den „Gesetzen“ des demokratisch legitimierten Gesetzgebers und den Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane, den anonymen und angeblich objektiven den „Gesetzen“ des Wettbewerbs auf dem Wissenschaftsmarkt unterstellt. Mit den auf diesen Wettbewerb ausgerichteten unternehmerischen Leitungsstrukturen ist aber die überwiegende Mehrheit der Lehrenden und Studierenden gemessen an ihren früheren Forschungs- und Lernfreiheiten wesentlich „unfreier“ geworden.

### **Die Gesetzesnovellen blieben auf halbem Wege stecken**

Durch die Regierungswechsel etwa in Baden-Württemberg oder NRW kam es zu Novellierungen der Landeshochschulgesetze auch in Niedersachsen ist eine Novelle auf den Weg gebracht. Doch die Gesetze sind auf halbem Wege stehen geblieben. Zu einer ausgewogenen Balance zwischen demokratischem Staat und der funktionell privatisierten Hochschule ist es nicht gekommen. Es fehlte der politische Mut, klar zu bekennen, dass das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ noch nie zu wissenschaftlichen Hochschulen gepasst hat und dass es darum gehen müsste für eine freie Forschung und Lehre in Verantwortung vor der Gesellschaft für eine demokratische und soziale Hochschule, einzutreten – wie sie etwa im hochschulpolitischen Programm des DGB im Jahre 2012 in die Diskussion gebracht wurde.

### **Ein neues Leitbild für die Hochschulen**

Ein neues Leitbild, müsste die Selbstbestimmung der Grundrechtsträger der Wissenschaftsfreiheit und die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschule miteinander vermitteln. Wie das etwa im hochschulpolitischen Programm des DGB im Jahre 2012 [in die Diskussion gebracht wurde](#).

Mitbestimmung und Partizipation der Wissenschaftler (und auch der Studierenden) als Grundrechtsträger wäre ein unverzichtbarer Bestandteil einer autonomen Hochschule. Gerade die staatliche gewährte Freiheitsgarantie und nicht zuletzt die ganz überwiegende Finanzierung durch die Allgemeinheit begründen nicht nur die Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft, sondern auch eine Pflicht der Wissenschaftler über die Ziele, Inhalte, Ergebnisse und die Folgen von Forschung und Lehre selbstkritisch gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen. Die Hochschule in der Demokratie ist zu Transparenz und Kommunikation verpflichtet (Stichworte: „Open Access“, Wissenstransfer). Dies schon deshalb, um in den verteilungspolitischen Auseinandersetzungen bei knappen öffentlichen Haushalten gegenüber anderen staatlichen Aufgaben auf Dauer erfolgreich sein zu können.

Zur einer wirklich internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Felde der Forschung gehörte auch, dass zumindest gesetzliche Rahmenvorgaben für „Gute Arbeit“ und die Nachwuchsförderung an den Hochschulen gemacht würden oder die Garantie, dass eine angemessene staatliche Grundfinanzierung wieder Grundlage für freie Forschung der Hochschulwissenschaftler wird. Damit könnte auch dem Brain-Drain junger Wissenschaftler entgegen gewirkt werden.

Quelle: Nachdenkseiten 21. September 2015



Lukas Daubner

## **Privatschulen: der Ausverkauf des Bildungssystems**

*In den vergangenen Jahren gab es Zeiten, in denen wöchentlich zwei neue Privatschulen die Pforten für den Nachwuchs öffneten. Warum die Privatisierung des Schulwesens gefährlich für die Gesellschaft ist und man den Versprechungen der Verfechter\_innen nicht allzu viel Glauben schenken sollte, erklärt unser Autor Lukas Daubner in dieser Antwort auf den pro-Artikel von letzter Woche.*

Privatschulen werden in der Diskussion oft gleichgesetzt mit exzellenter Betreuung, innovativen Lehrkonzepten und super Ausstattung: Bei staatlichen Schulen kommen diese Assoziationen selten. Die grundlegende Diagnose ist auch richtig: das staatliche Schulwesen ist träge. Und, es ist marode. Beides zusammen ergibt eine schlechte Mischung. An nicht wenig Schulen ist der größte Wunsch der Kinder – in Berlin ist das Problem mehr als bekannt –, auf saubere und heile Toiletten gehen zu können. Warum auch wir



Geschlossene Gesellschaft: Private Schulen vermehren sich überall in Deutschland. Foto: W\*\*\*/Flickr

dem Rat von Kirkes an Odysseus und seine Mannschaft folgen und uns die Ohren mit Wachs verstopfen sollten, um den Verheißungen der Sirenen Privatschullobby nicht zu folgen, zeige ich auf den folgenden Zeilen. Ähnlich wie in der antiken griechischen Sage, sind auch die Versprechen der Privatschulverfechter\_innen verheißungsvoll. Sie werden als Inseln des perfekten Lernens in einem Meer von staatlicher Tristesse dargestellt.

### **Privat gleich effizient?**

Aber folgen wir Odysseus' Beispiel, verkleben wir uns nicht die Ohren, sondern binden uns am Schreibtischstuhl fest, und lauschen den Versprechen. Was wir hören, ist: private Akteure können besser mit Ressourcen umgehen und sind flexibler als staatliche Schulen. Wegen der Konkurrenz mit anderen Anbietern, sind sie immer darauf bedacht, besser zu werden. Dass die Grundannahme nicht stimmt, hat unlängst James Meek in seinem Buch über Privatisierungsexzesse in England beschrieben. Dort oder in den USA wurde die Privatisierung von öffentlichen Gütern pervertiert. Die Folge davon sind horrenden Gebühren für Bildung, die immer mehr junge Menschen mit einem riesigen Schuldenberg ins Leben einsteigen lassen. Jetzt geht es da vorrangig um Hochschulbildung, und in Deutschland sind wir zum Glück noch weit davon entfernt, dass hohe Gebühren für Bildung genommen werden können. Doch auch von besserer Bildung kann nicht per se die Rede sein. Es gibt keine Leistungsunterschiede zwischen staatlichen und privaten Gymnasien, zeigen bisherige Studien.

### **Reich unter sich, und der Rest**

Aufgrund gesetzlicher Beschränkungen, dürfen Schulen in Deutschland Schüler\_innen nicht nach dem Portemonnaie der Eltern auswählen. Umgehen dürfen diese Regelungen so genannte Ergänzungsschulen, die etwa Kinder beschulen, deren Eltern jobbedingt einige Zeit in Deutschland wohnen. Verschiedene Kultusverwaltungen weichen die Beschränkung auf: An der International School of Hamburg, wo bis zu 20.000€ Schulgeld pro Jahr fällig werden, sind mittlerweile ein Drittel der Schüler\_innen Deutsche, so Engartner und Heinbach (2015) in den »Blättern«. Andere private Schulanbieter, etwa die Swiss International School1, stoßen in die Lücke. Im Fall der Hamburger Schule, wird diese sogar noch mit knapp zwei Millionen Euro staatlich gefördert. Mittel, die das staatliche Schulwesen sicherlich gut gebrauchen könnte.

Sollte die geschilderte Entwicklung so weitergehen, gehen Kinder von reichen Eltern in ein paar Jahren auf schicke private Schulen und der Rest bleibt im staatlichen Schulsystem. Vielen wohlhabenden Eltern reicht für ihre Kinder nicht mehr das »Standardprogramm« (Engartner & Heinbach 2015). Je mehr ‚Normalos‘ an die Gymnasien drängen, desto höher ist die vermeintliche Not, den eigenen Kindern eine noch bessere Bildung zu ermöglichen. Das weitere Auseinanderklaffen des Bildungssystems und somit auch der Gesellschaft wäre vorprogrammiert.

### **Warum staatliche Kontrolle wichtig ist**

Jetzt wäre es unfair, sämtliche privaten Schulen über einen Kamm zu scheren. Natürlich stecken nicht hinter allen Trägern gewinnorientierte Unternehmen. Die kürzlich in Berlin gegründete Quinoa-Schule ermöglicht es allen Kindern, dort zur Schule zu gehen, subventioniert Schulgelder und ermöglicht Kindern und Jugendlichen aus »Problembezirken« gute Bildung. Bei diesem und ähnlichen Beispielen fällt es tatsächlich schwer, gute Gründe gegen das Engagement der Träger zu finden. Schaut man sich aber die Gesamtheit der Privatschulen an, gibt es neben diesen tollen Initiativen, eine große Zahl von

Trägern, die für die Gesamtgesellschaft zweifelhafte Motive antreibt, Schulen zu betreiben. Neben den Eliteprivatschulen, die nur Gutbetuchten offen stehen, gibt es in Deutschland zur Zeit knapp 100 freikirchliche Bekenntnisschulen. Hier ist, neben den staatlichen Lehrplänen, die Bibel die Grundlage des Unterrichts. Die Erschaffung der Erde durch Gott vor ein paar tausend Jahren wird dort ebenso selbstverständlich gelehrt, wie die Idee, dass Homosexualität eine heilbare Krankheit ist. Kritiker\_innen beobachten ähnliche Tendenzen auch bei muslimischen Schulträgern, etwa der Hizmet-Bewegung. Die notwendige staatliche Kontrolle der Lehrinhalte ist bei diesen Schulen nicht im ausreichenden Maße gegeben.

### Was bleibt?

Nun, das Argument, dass viele private Schulen eine bessere Ausstattung und auch innovativere Lehr- und Lernkonzepte haben, als die staatlichen Gegenstücke, ist vielfach richtig. Dies ist aber jeweils nur möglich, weil wohlhabende Eltern, und manchmal auch Gönner\_innen, das benötigte Geld zuwenden. Oder – wie bei der Quinoa-Schule, großer Idealismus Einzelner die Schule vorantreibt. Private Schulen sind nicht automatisch besser als staatliche. Denkt man die Forderung nach mehr privater Bildung zu Ende, steht man vor dem Problem, dass die Unternehmen – die in Deutschland auf den Markt drängen und für ihre Sache massiv Lobbyarbeit in den Ländern und beim Bund betreiben – gewinnorientiert sind. Sie vertreiben auf einem Weg ihre eigenen Schulbücher (siehe Fußnote 1), bieten Nachmittagsbetreuung und Nachhilfe an oder verkaufen die benötigte Schulkleidung. Im schlimmsten Fall ebnen sie den Weg für den Ausverkauf des Bildungssystems – mit allen negativen Folgen, die wir aus den angelsächsischen Ländern kennen – und traumhaften Gewinnen für die Investoren.

Privatisierung ist eine Flucht des Staates vor seiner Verantwortung, daher muss die Forderung an die Politik weiterhin und mit viel Nachdruck sein: nehmt die Verantwortung wahr und finanziert das Schulwesen ausreichend. Es muss daran gearbeitet werden, dass Schulen kreativer werden und ihre Schülerinnen und Schüler individuell und angemessen beschulen! Eine schleichende Privatisierung des Schulwesens kann nicht die Lösung sein. Bildung ist – wie Wasser – keine Ware, die auf einem freien Markt veräußert werden darf. Sie ist ein staatlich (!) verbrieftes Grundrecht. Damit das so bleibt, ist es – und hier bleiben wir bei Odysseus – wichtig, den Verheißungen der verschiedenen Privatschulakteure zuzuhören, ihnen aber nicht blind zu folgen.

Quelle: Was bildet ihr uns ein? 07 Dez. 2015

<http://wasbildetihrunsein.de/2015/12/07/privatschulen-der-ausverkauf-des-bildungssystems/>



### Bertelsmänner machen Panik

## „Akademisierungsschwemme“ und „Azubischwund“?

**Gibt es bald zu viele Akademiker, aber zu wenige Azubis, wie aktuell vor allem wegen einer Studie der Bertelsmann Stiftung verkündet wird? *Studis Online* spricht mit *Gerd Bosbach*, Statistikprofessor an der Hochschule Koblenz, über irrende Prognosen, lügende Zahlen und junge Menschen, die eine Politik ohne Plan ausbaden müssen.**

Um eine Prognose einschätzen zu können, sollte man die Hintergedanken derselben kennen ... ***Studis Online*: Vor fast genau einem Jahr war von Julian Nida-Rümelin der Essay „Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung“ erschienen. Darin beklagt der Philosoph und einstige Kulturstaatsminister im Bundeskabinett von Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) eine Vernachlässigung der beruflichen Bildung in Deutschland bei einer gleichzeitigen Überhöhung der Hochschulbildung. In der Vorwoche hat die Bertelsmann Stiftung eine [Studie](#) veröffentlicht, die wie eine Bestätigung der Thesen Rümelins anmutet. Die Botschaft geht so: Hält der Run auf die Hochschulen an, werden Deutschland über kurz oder lang die Azubis ausgehen. Bereitet Ihnen das auch Sorge?**

***Gerd Bosbach***: Nein. Heute gibt es auf alle Fälle noch genügend junge Leute, die gerne eine Lehre machen würden. Das Problem ist nur, dass man viele gar nicht lässt. Ein Mangel bestünde dann, wenn es weniger Bewerber als Stellen geben würde. Dem ist aber nicht so: Jahr für Jahr gehen Zehntausende Jugendliche bei der Vergabe der Ausbildungsplätze leer aus und landen in der sogenannten

Wartschleife, also in Maßnahmen, die ihnen oft nicht weiterhelfen. Dazu kommen noch diejenigen, die nach erfolgloser Suche frustriert das Handtuch werfen und sich nicht mehr bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) melden. Damit fallen sie dann aus der Statistik raus. Bei der Darstellung der Bertelsmann Stiftung „Volle Hörsäle – leere Werkbänke“ stimmt nur Ersteres, die meist übervollen Hörsäle.

### **Wozu dann das Ganze?**

Für mich wirkt das stark nach Panikmache. Es mag richtig sein, dass es nicht genügend Auszubildende mit einem ausgeprägt hohen Qualifikationsniveau gibt. Hier machen sich auch die Defizite bei der schulischen Ausbildung bemerkbar. Aber auch das ist nichts, was unveränderlich wäre. Zum Beispiel könnten die Betriebe selbst dafür sorgen, die Ausbildung aufzuwerten, etwa mit besseren Arbeitsbedingungen oder besserer Bezahlung. Die Betriebe könnten auch Zusatzangebote machen, die über das übliche Spezialgebiet hinausgehen und den Lehrlingen größere berufliche Perspektiven eröffnen.

**2013 begannen erstmals mehr junge Leute ein Hochschulstudium als eine Berufsausbildung. Für die Bertelsmänner markiert das eine Zäsur, die praktisch unumkehrbar sein soll. Bei anhaltendem Trend müsste die deutsche Wirtschaft demnach in 15 Jahren mit 80.000 Lehrlingen weniger rechnen. Nida-Rümelin hat gar vor einer Lücke bei nichtakademischen Fachkräften von vier Millionen im Jahr 2030 gewarnt. Sie geben auf all dies nichts?**

Ich bin überrascht, wie schnell sich die Zeiten ändern. Noch um die Jahrtausendwende herum war der sogenannte Akademikermangel das große Thema. Von da an drehte sich alles nur noch um das Ziel, die Zahl der Hochschüler und Absolventen in die Höhe zu treiben, auf möglichst 40 Prozent eines Jahrgangs. Vor fünf, sechs Jahren hieß es dann plötzlich, Deutschland steuere auf einen dramatischen Fachkräftemangel zu, wobei die vermeintliche Lücke vor allem bei den akademischen Fachkräften ausgemacht wurde, also bei Ingenieuren, Mathematikern und Naturwissenschaftlern. Jetzt sagt man: Halt! Stopp!, davon haben wir genug, woran es nun hapert, sind die Azubis. Das alles sind für mich keine fundierten, glaubwürdigen Prognosen. Es hat mehr etwas von Angstmacherei und Hermumgeeiere, weil offenbar keiner so recht weiß, welche Art von Ausbildung und Qualifikation es in Zukunft braucht. Und so treibt man dann alle paar Jahre eine neue Sau durchs Dorf.

**Sie haben ohnehin Ihre Probleme mit Langzeitprognosen. In diesem Fall wird bis zum Jahr 2030 gerechnet. Wieso halten Sie solche Zeiträume für unüberschaubar?**

Man versucht uns Deutschen ja seit langem weiszumachen, dass wir wegen der niedrigen Geburtenrate irgendwann einmal aussterben werden. Mit dem demographischen Totschlagargument wird dann auch so ziemlich jeder Einschnitt ins soziale Netz begründet: die Kürzung der Renten, höhere Krankenkassenbeiträge und allerhand mehr. Man stelle sich vor, 1950 wäre die Einwohnerzahl der Bundesrepublik für das Jahr 2000 prognostiziert worden. Seinerzeit wusste noch niemand von der Antibabypille, dem Zuzug von Ausländern, der Wiedervereinigung, der Grenzöffnung im Osten, dem Trend zur Kleinfamilie. All diese Strukturbrüche wären zwangsläufig übersehen worden. Genauso unmöglich ist es, heute wissen zu wollen, wie viele Deutsche es 2050 gibt. Da kann man auch gleich in die Glaskugel gucken.

**Nun sind es im aktuellen Fall nur 15 Jahre. Ist Ihnen das auch zu viel der Vorsehung?**

Seit 2000 hat sich der „Akademikermangel“ in nur 15 Jahren in einen „Akademisierungswahn“ verkehrt. Wie will man da absehen, was 2030 ist. Die Zeiten sind heute so schnelllebig, die technische Entwicklung geht so rasant voran, dass immer wieder neue Berufsbilder entstehen und andere wieder vergehen werden. Will man darauf eingestellt sein, muss man die Menschen möglichst breit ausbilden, also mit umfassendem Wissen und vielfältigen Fertigkeiten ausstatten, die sie je nach Erfordernissen flexibel einsetzen können. Man muss sie befähigen, immer wieder Neues dazulernen zu können. Das deutsche Bildungssystem macht praktisch das Gegenteil: Es teilt die Kinder schon früh auf verschiedene Bildungswege auf, in jene, die mal studieren, und jene, die mal Lehrlinge werden sollen. Und dann wird spezialisiert, um am Ende zielgenau bei einem Beruf zu landen. Nur wird der dann vielleicht fünf bis zehn Jahre später schon gar nicht mehr gebraucht.

**Ist nicht genau das die Botschaft des Begriffs Akademisierungswahn? Man hat die Leute jahrelang dazu ermuntert, ein Hochschulstudium aufzunehmen – aktuell gibt es 2,7 Millionen Studierende und 57 Prozent eines Jahrgangs nehmen ein Studium auf – und nun sagt man ihnen plötzlich: Ätsch bättsch, eigentlich hättet ihr besser eine Ausbildung machen sollen.**

Das ist natürlich ein Schlag ins Gesicht für die jungen Leute. Dahinter steckt auch viel Verlogenheit. Heute beteiligt sich mal gerade noch ein Fünftel aller Betriebe an der dualen Ausbildung. Wie kann

man behaupten, der Wirtschaft drohe ein Lehrlingsmangel, wenn die große Mehrheit der Unternehmen gar keine Azubis nimmt. Außerdem leiden Lehrlinge in manchen Branchen unter sehr schlechter Bezahlung und überlangen Arbeitszeiten, zum Teil werden sie regelrecht ausgebeutet. Das alles hat erst mit dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen ihr Heil an die Hochschulen gesucht haben. Und nach all dem bläst man jetzt zum Rückmarsch an die Werkbank. Das ist eine Frechheit.

**Aber eine, die mit vermeintlich objektiven Zahlen als Wahrheit verkauft wird ...**

Was davon zu halten ist, will ich mal am sogenannten Lehrermangel festmachen. In den zurückliegenden 40 Jahren kam es dreimal vor, dass urplötzlich viel zu wenige Pädagogen vorhanden waren, zumindest wollte man uns das glauben machen. Dabei geben die Geburtenstatistiken normalerweise verlässlich Aufschluss darüber, wie viele Kinder wann zu beschulen sind. Es wäre ein Leichtes für die politisch Verantwortlichen, sich darauf einzustellen und die Lehrerversorgung entsprechend zu steuern. Dass das in besagten Fällen nicht hinlief, lag allein daran, dass seinerzeit massiv an der Lehrerausbildung gespart wurde. Was passierte dann? Die jungen Leute studierten plötzlich alle auf Lehramt und sieben, acht Jahre später gab es dann eine sogenannte Lehrerschwemme, was auch daran lag, dass die Klassenstärken – abermals aus Spargründen – nicht reduziert wurden.

**Aktuell soll es wieder einen Lehrermangel geben, insbesondere in den Technik- und naturwissenschaftlichen Fächern. Andererseits stehen aber auch haufenweise Junglehrer auf der Straße.**

Das ist auch so ein Fall von Fehlsteuerung, weil man tatenlos mit angesehen hat, wie die Leute die falschen Fächer studiert haben. Oder nehmen wir den angeblich demographisch bedingten Ärztemangel. Die Formel geht so: Alle werden älter, alte Menschen werden krank, und es gibt immer weniger Nachwuchsmediziner. Die Wahrheit ist, dass durch den seit vier Jahrzehnten bestehenden ultrastrengen Numerus clausus zigtausende Schulabgänger vom Medizinstudium abgehalten worden sind. Man wollte sie einfach nicht studieren lassen, weil das der Politik zu teuer war.

Ähnlich verhält es sich mit den Engpässen bei den Pflegeberufen. Es gibt trotz der schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen immer noch sehr viele junge Menschen, die Kranken- oder Altenpfleger werden wollen. Allerdings haben die Pflegeschulen viel zu geringe Kapazitäten, und in sieben Bundesländern verlangen private und freie Träger sogar Schulgeld, das den Betroffenen gar nicht oder nur teilweise vom Staat erstattet wird. Das ist doch ein Unding angesichts des herrschenden Pflegenotstandes. Das alles sind Beispiele dafür, wie junge Menschen Opfer politischer Plan- und Orientierungslosigkeit sowie vermeintlicher Sparzwänge werden können. Und das erleben wir jetzt einmal mehr.

**Auch die Umstellung auf die Studiengänge Bachelor und Master im Rahmen der Bologna-Studienstrukturreform halten Kritiker für ein Sparmodell. Wie sehen Sie das?**

Natürlich kostet die Ausbildung eines Bachelor mit drei Jahren Regelstudienzeit weniger als ein Diplom-Student, der fünf oder sechs Jahre bis zum Abschluss braucht. Trotzdem geht die Ausweitung der Studienkapazitäten für den Staat mit insgesamt immens viel höheren Kosten einher, und bei Beibehaltung der traditionellen Studienabschlüsse wäre alles noch viel teurer. Die Umstellung wurde aber vor allem von der Industrie gewollt. Mit dem Bachelor verbindet sie das Ziel, die jungen Leute schneller in die Berufswelt zu bekommen. Meines Erachtens ging es den Unternehmen aber auch darum, selbst in den Ausbildungsberufen zu sparen und den Nachwuchs an den Hochschulen ausbilden zu lassen, nach dem Motto: Besser ein BWL-Bachelor auf Staatskosten als ein Industriekaufmann auf eigene Rechnung.

**Hat man sich dabei verkalkuliert? Heute klagen ja Teile der Wirtschaft, die Bachelor-Absolventen wären für sie nicht zu gebrauchen.**

Ich erlebe das selbst an meiner Hochschule, dass Bachelor-Absolventen wieder kommen, und weiterstudieren, weil sie keinen Job finden konnten. Die Betroffenen sind erstens in der Regel zu jung, um Führungspositionen zu übernehmen, und zweitens verfügen sie nicht über das nötige Hintergrundwissen, um sich an verändernde Problemlagen anzupassen. Diese Fähigkeiten werden in dem gängigen Schnell-, Schmalspur- und Einpaukstudium einfach nicht mehr vermittelt. Und so langsam dämmert das auch den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Nur habe ich meine Zweifel, dass daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden, indem man nämlich bei der Studienqualität nachbessert. In der Regel ist Panikmache der falsche Ratgeber für richtige Entscheidungen.

**Was wären dann die falschen Schlüsse? Die Studienkapazitäten wieder einzudampfen?**

Ich hätte nichts dagegen, wenn etwas weniger Menschen studieren würden, bloß muss man ihnen dann auch eine gute Alternative bieten. Lange Jahre wurde Jugendlichen eingepflegt, dass man nur als Akademiker ein richtiger Mensch ist und man es nur so zu etwas bringen kann. Damit wurden aber viele junge Leute mit stärkeren, anderen Qualitäten, etwa im handwerklichen Bereich, in falsche Richtungen gedrängt, dahin, wo sie fehl im Platz sind. Ich selbst kenne Betroffene, die zunächst im Studium scheitern mussten, um danach erst ihr berufliches Glück zu finden. Und außerdem ist das eine Beleidigung aller, die einer normalen Arbeit nachgehen!

**Nida-Rümelin macht seinen „Akademisierungswahn“ nicht nur an der Masse der Studierenden fest. Er beklagt auch eine Verflachung und Beliebigkeit der Hochschulbildung. Sind Sie da auf einer Linie mit ihm?**

Das sehe ich ähnlich. Ich halte nur nichts davon, meinen Zeigefinger auf die Jugend zu richten und zu sagen, ihr seid zu dumm. Junge Leute wissen und können heute viele Dinge, zu der früheren Generationen nicht in der Lage waren. Damit meine ich insbesondere Stärken im Umgang mit den neuen Medien, aber auch kommunikative Fähigkeiten. Mir fällt auf, dass Studierende heute viel besser Vorträge halten können, als dies früher der Fall war, während sie in dem, was man traditionell wissenschaftlich nennt, nicht so entwickelt sind. Aber was erwartet man auch, wenn mal eben ein Schuljahr bis zum Abitur weggenommen wird und ein Studium plötzlich nur noch drei statt wie davor fünf Jahre dauert?

**Und wenn sich Studierende zu Hunderten in überfüllte Hörsäle quetschen ...**

Richtig. Meine Hochschule war ursprünglich auf 40 bis 60 Studierende pro Semester ausgelegt. Heute nehmen wir ohne Master-Studierende bis zu 180 Studienanfänger auf. Zwar gibt es inzwischen etwa zehn Prozent mehr Professoren, die Räumlichkeiten sind aber fast die gleichen wie vor 15 Jahren. Dass unter solchen Raum- und Personalbedingungen die Betreuung leidet, liegt auf der Hand. Die junge Generation wird einfach nicht so ausgebildet, wie es für sie und wie es gesellschaftlich nötig wäre. Schon gar nicht passt das zum üblichen Klagelied, Deutschland werde am demographischen Wandel zugrundgehen. Wenn es schon angeblich so wenig Nachwuchs gibt, müssten wir die „wenigen“ doch vernünftig ausbilden. Fakt ist: Eine gute Ausbildung kostet viel Geld, das sich aber langfristig bezahlt macht. Nur leider denken Politiker und Unternehmer in viel kürzeren Perspektiven, und Effizienz bedeutet heute eigentlich nur noch, die Kosten zu drücken.

**Denkt man das weiter, wäre es wohl am effizientesten, wenn Studierende und Azubis ihre Ausbildung gleich ganz aus eigener Tasche bezahlen. Sehen Sie die Gefahr?**

In Privathochschulen ist das ja schon so. Für die breite Masse rechne ich erst einmal nicht damit nicht, allenfalls bei Zusatzangeboten. Andererseits lässt das Sparziel der Finanzminister, die sogenannte schwarze Null, nichts mehr unmöglich erscheinen. Und immerhin ist es – rein ökonomisch gedacht – billiger, gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland abzuwerben, statt 25 Jahre lang in hier geborene Kinder zu investieren. Die gesellschaftlichen Auswirkungen wären allerdings katastrophal. Deshalb müssen wir den Gewinnmaximierern in der Wirtschaft und den Sparkommissaren in der Politik unbedingt Paroli bieten!

**Soll das heißen, Flüchtlinge sollte man besser nicht ins Land lassen?**

Ganz und gar nicht. Damit das nicht falsch verstanden wird: Ich empfinde Zuwanderung als Bereicherung für unsere Gesellschaft. Wenn sich darunter gute Fachkräfte befinden, dürfen die aber nicht als preisgünstige Konkurrenz gegen die einheimischen Fachkräfte ausgespielt werden. Wir sollten vielmehr das tun, was wir im vergangenen Jahrhundert so erfolgreich praktiziert haben: Die Arbeitszeiten massiv verkürzen und Arbeit auf möglichst alle verteilen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden aus der 60- eine 40-Stunden-Woche, aus zwei Wochen Jahresurlaub sechs und die Lebensarbeitszeit verkürzte sich massiv. Im Jahr 1900 musste man noch ab dem 14. Lebensjahr bis zum 70. malochen. Im Jahr 2000 vom 20. bis etwa 65. Freuen wir uns doch über Zuwanderung und nutzen die Chance zur Veränderung. Das müssen wir aber den Unternehmern abtrotzen, genau wie ehemals. Die Industrie mag nämlich ein Heer qualifizierter Arbeitsloser, die sich gegenseitig Konkurrenz machen, viel lieber als eine gerechte Verteilung der Arbeit auf viele Schultern. (rw)

Quelle: Nachdenkseiten 16.10.2015



## Die neoliberale Domestizierung der Sozialen Arbeit

Wir alle sind – auf Gedeih und Verderb – auf unser Gesundheits- und Sozialsystem angewiesen. Aber wer weiß schon genau, wie die Systeme funktionieren? Wie sie sich verändert haben? Wer begreift noch den Sinn und die Auswirkungen staatlicher Verordnungen, der »Reformen« der letzten Jahre? Wer begreift, wie die Denkgifte [PDF] der neoliberalen Ideologie mehr und mehr die Institutionen durchdrungen, sich in den Köpfen und Herzen der Menschen festgesetzt haben und hierdurch etwa den Armen immer besser weißzumachen vermögen, sie selbst seien ihres Unglückes Schmied. Diese Entwicklung beobachtet der Pädagoge und Familientherapeut **Matthias Heintz** auch im Bereich der Sozialen Arbeit sowie der Kinder- und Jugendhilfe, weswegen er zur Abwehr der immer massiveren Angriffe auf diesen Bereich auch das „Bündnis Kinder- und Jugendhilfe – für Professionalität und Parteilichkeit“ ins Leben gerufen hat. **Jens Wernicke** sprach mit ihm darüber, wie Politik unter dem Deckmantel des Fortschritts immer deutlicher soziale Rechte unterminiert, soziale Sicherheit abschafft sowie einer Ökonomisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Hände spielt.

**Herr Heintz, Sie waren knapp zwei Jahrzehnte in der Kinder- und Jugendhilfe tätig und sind Mitbegründer des [Bündnisses Kinder- und Jugendhilfe](#). In einem aktuellen und lesenswerten [Buch](#) skizzieren Sie gemeinsam mit Prof. Mechthild Seithe massive Angriffe auf diesen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und befürchten dessen nahen Exitus. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?**

Spätestens seit der politischen Weichenstellung zur Agenda 2010 durch die damalige rot-grüne Bundesregierung können wir einen zunehmenden Wandel im Verständnis des Verhältnisses vom Staat zum Bürger erkennen. Die Errungenschaften einer sozialdemokratischen Ära, gestaltete Demokratie als eine Regierungsform vom Bürger und für den Bürger zu definieren, verbunden mit dem System der sozialen Marktwirtschaft, geht in großen Schritten verloren. Wir sind mittlerweile in einem neoliberalen Zeitalter angelangt, in einem ökonomisierten Staat, dessen ethische Prämisse lautet: „Jeder ist seines Glückes – und somit eben auch Unglückes – Schmied.“

Dieses System der Entsolidarisierung hat sich inzwischen in allen gesellschaftlichen Bereichen eingemischt und eben auch in der öffentlichen Versorgung. Der Staat zieht sich zunehmend aus seiner Verantwortung zurück und überträgt sie auf den Einzelnen, gut zu erkennen etwa in dem Dogma der Agenda 2010: [Fördern und Fordern](#). Wobei sich das Fördern offenbar auf die Lernhilfe für nicht leistungswillige oder -fähige Menschen im Hinblick auf das Erlernen der funktionalen An- und Einpassung in das Regelwerk eines marktorientierten Systems bezieht. In der duldsamen und schweigenden Unterordnung finden wir die Maxime der pädagogischen Ethik des Neoliberalismus. In der Praxis erkennen wir heute ein Gesellschaftssystem, in dem der Staat sich zunehmend aus dem Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge zurückzieht. Diejenigen Menschen, die beispielsweise durch Langzeitarbeitslosigkeit aus der gesellschaftlichen Teilhabe herausgefallen sind, werden über Systeme wie Hartz IV verwaltet, kontrolliert und diszipliniert. Die öffentlichen Ressourcen werden bewusst knapp gehalten. Dort, wo die Versorgung für die Menschen nicht ausreicht, wird auf [mildtätige Hilfe](#) aus der freien Wirtschaft und von den am System Teilhabenden gesetzt, gern verbunden mit dem viel besungenen bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagement.

So können die öffentlichen Kassen strategisch knapp gehalten sowie ggf. mit dem Prinzip des Outsourcing öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, seit dem Bankencrash insbesondere auf kommunaler Ebene immer verbunden mit dem Totschlagargument des Sparzwangs und der Rettungsschirme. Hier finden wir im klassisch marktwirtschaftlichen Sinne eine Win-Win-Situation. Der Staat entzieht sich seinen sozialen Verpflichtungen, um diese in Richtung der Interessen der freien Wirtschaft zu verlagern und hierdurch in Zeiten ökonomischer Globalisierung „Standortsicherung“ zu betreiben. Die Unternehmen können wiederum mit ihrem Engagement im Sozialen Sektor, gerne über die Gründung von Stiftungen, ihre Steuerpolitik regulieren, nehmen erheblichen Einfluss auf Politik und Meinungsbildung und haben darüber hinaus noch [beste und günstige Publicity](#). Ganz nebenbei lässt sich über die Strategie der Ökonomisierung auch ein subtiles Kontrollelement im Hinblick auf die arbeitende Bevölkerung gestalten, da diese mit der permanenten Bedrohung des potentiellen Abstiegs in den Hartz-IV-Bereich lebt und entsprechend die Zwangssysteme des freien Marktes wie etwa Lohndumping, prekäre Arbeitsverträge und anderes stillschweigend, bewusst oder unbewusst akzeptiert. Insbesondere die im Bereich der Sozialarbeit, des Gesundheits- und Bildungswesens Tätigen sind auf diese Weise in eine erduldennde Anpassungshaltung geraten, die selbst bei großem Leidensdruck kaum Widerstand hervorruft.

In der Gesamtentwicklung können wir in gewissem Sinne seit rund 20 Jahren eine Rückentwicklung in feudalherrschaftliche Zeiten konstatieren, nur dass die Macht heute nicht mehr bei Adel und Klerus, sondern in den Händen der Führenden der freien Marktwirtschaft liegt. Ich bezeichne dies auch als Amerikanisierung unserer Gesellschaft oder als ein System des Neofeudalismus.

## **Und welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf die konkrete soziale Arbeit vor Ort?**

Die inzwischen gesellschaftlich weitgehend geduldete systematische Politik der knappen Kassen im öffentlichen Bereich führt logischerweise auch den Bereich der Sozialen Arbeit in eine drastische Engführung. Das ist durchaus weder eine schicksalhafte noch eine naturgegebene Entwicklung, sondern im von mir zuvor beschriebenen, ökonomisierten Sinne gemacht und gewollt.

Die Einsparung von öffentlichen Mitteln ist dabei nur ein Effekt. Im Verständnis der Logik des Neoliberalismus geht es immer auch darum, die Menschen zu kontrollieren, zu disziplinieren und darüber zu funktionalisieren. Das gilt im sozialen Bereich für deren Adressaten ebenso wie für die professionellen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Im Kern geht es darum, das dreifache Mandat der Sozialen Arbeit – sozialanwaltschaftliche Ermöglichung und Wahrung der individuellen Autonomie, Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Reflexionsfähigkeit der eigenen Situation unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen- auf den Aspekt der Integration zu reduzieren, und zwar gemäß eines funktionalen Anpassungsverständnisses. Das gilt in der Umsetzung der Sozialarbeit wiederum sowohl für deren Adressaten wie auch die Sozialarbeiter selbst.

In der Praxis zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik vor allem in der Verknappung der professionellen Arbeitsstrukturen, insbesondere im Bereich der personellen Ressourcen, was im betriebswirtschaftlichen Verständnis am meisten Sinn macht, da das Einsparungspotential hier am größten ist. In privatwirtschaftlichen Sozialunternehmen steigert dies die Gewinnspanne, im öffentlichen Bereich werden so Gelder eingespart.

Die Auswirkungen dieser, in der zynischen Wortwahl betriebswirtschaftlich orientierter Sozialarbeit formulierten „effizienten und verschlankten Strukturen“ tragen die Adressaten, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesenen Bürger, aber auch die Sozialarbeitenden selbst. Dies geschieht in Zeiten, in denen allgemein, aber auch speziell in der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren ein kontinuierlicher Anstieg der Hilfebedarfe sowohl quantitativ als auch qualitativ zu verzeichnen ist. Immer öfter geraten junge Menschen und ihre Familien in Krisen, die komplexer werden und eine entsprechend umfassende und nachhaltige Hilfen erforderlich machen.

Parallel zu dieser Entwicklung arbeiten die Kommunen an einer Art Simplifizierung der Hilfen, was insbesondere die akuten Hilfen zur Erziehung nach dem § 27 SGB VIII betrifft, auf die Eltern und ihre Kinder einen Rechtsanspruch haben. Diese Hilfeformen, die konzeptionell auf eine nachhaltige Beziehungsarbeit angelegt sind, werden heutzutage teils drastisch gekürzt oder aber gar nicht mehr gewährt.

Stattdessen agieren die Kommunen gerne mit der Strategie, den anspruchsberechtigten jungen Menschen und ihren Eltern kostengünstige Hilfeformen außerhalb des Kanons der Hilfen zur Erziehung anzubieten, beispielsweise in Form von Elternkursen im Bereich von Präventionsmaßnahmen oder in Gruppenangeboten für Kinder im Stadtteil (wobei auch in diesen Bereichen das Spar- und Verknappungsdiktat entgegen anderslautender politischer Versprechen vorherrscht). Beliebt ist auch die Verlagerung der Hilfen in den Kindergarten bzw. die Schulen, die ohnehin schon bis zum Anschlag ausgelastet sind, ins Gesundheitswesen oder in ehrenamtlich gestaltete Unterstützungsmaßnahmen. In der professionelle Angebote ersetzenden Ehrenamtlichkeit erlebt die Soziale Arbeit aktuell einen massiven Angriff, der einen wesentlichen Teil ihres gegenwärtigen Deprofessionalisierungsprozesses ausmacht. Gut zu den Armen und Hilfebedürftigen zu sein, das kann doch jeder und sollte auch jedem, der ein Herz hat, ein Selbstverständnis sein und im Ehrenamt ausgelebt werden. Schließlich zeigen die Großen aus Wirtschaft und Politik bei Benefizveranstaltungen im Blitzlicht der Fotografen, wie man die Nicht-Besitzenden bekocht, bedient und füttert. Also, wo hat die Soziale Arbeit hier noch ihre Legitimation?

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Die oben genannten Interventionen einer gemeinwesenorientierten Arbeit, der Prävention und ergänzender Ehrenamtlichkeit sind wichtig und unverzichtbarer Bestandteil in einer solidarisch und demokratisch orientierten Gesellschaft. Jedoch verfehlen sie in ihrer ökonomisierten Variante eine umfassende und nachhaltige Unterstützung in den vielen Fällen, in denen Familien mit hochkomplexen Problemen eine entsprechend profunde Hilfe benötigen. Und ganz nebenbei wird über diese simplifizierende und bagatellisierende Steuerungspolitik der Kinder- und Jugendhilfe zunehmend der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung umgangen und ausgehöhlt.

Wichtig ist ebenfalls zu erwähnen, dass neben den knappen personellen Ressourcen die sozialpädagogischen Fachkräfte häufig im Rahmen schwacher und befristeter Arbeitsverträge arbeiten, was eine Stabilisierung der Beziehungsarbeit mit den betroffenen Familien verunmöglicht. Ein Schelm, der hier an eine Bergwacht denkt, die mit porösen Seilen und verrosteten oder recycelten Haken und Ösen den in Not Geratenen zur Hilfe eilt.

Kurzum: Das System wird ausgehöhlt, umgangen, deprofessionalisiert, kaputt rationalisiert und ist bereits jetzt kaum noch in der Lage, adäquat zu tun, wofür es geschaffen worden ist.

### **Und bei den Kindern und Familien, denen ja geholfen werden soll: Was geschieht und verändert sich da?**

Seit etwa zwanzig Jahren sind im Zuge der skizzierten Neoliberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Familien einem immer größeren Druck ausgesetzt. Das Leben der Familien unter marktliberalen Bedingungen fokussiert sich ganz auf die Aspekte der flexiblen Anpassung an die Anforderungen der Arbeitgeber. Und diese sind kaum kompatibel mit den entwicklungsbedingten Bedürfnissen der Kinder. Diese werden oft deutlich zu früh aus der Eltern-Kind-Bindung herausgenommen. Und die Eltern sind den hohen Anforderungen des Arbeitsmarktes, der Dauererreichbarkeit und der permanenten Verfügbarkeit und Mobilität immer seltener gewachsen. Diese Situation hat sich durch die Wirkung der neuen Kommunikationsmedien verschärft. Weder die Partnerschaft, noch die Elternschaft können so in einer für die Kinder so wichtigen stabilen und gelassenen Haltung gelebt werden. So ist es auch zu erklären, dass Partnerschaften und insgesamt die für eine vitale Entwicklung des jungen Menschen wichtigen familiären und außerfamiliären Beziehungsstrukturen brüchig geworden sind und immer brüchiger werden.

In einem prinzipiell exorbitant reichen Land akzeptiert die neoliberale Politik eine hohe Armutsrate, nicht nur der Familien, die unter den oft entwürdigenden und demütigenden Bedingungen von Hartz IV leben müssen, sondern auch einer wachsenden Zahl von Familien, die knapp oberhalb des ALG II-Bezuges leben und kaum über die Runden kommen. Die Zahl der Kinder, die in Deutschland in Armut leben müssen, steigt seit Jahren kontinuierlich an. Armut ist in beschämender Weise zu einem zentralen gesellschaftlichen Phänomen und Problem in unserem Land geworden.

Die Folgen dieser chronischen Armut auf das Lebens- und Entwicklungsproblem der Familie und speziell der Kinder sind hinreichend bekannt und viel diskutiert. In der neoliberalen Praxis unserer Gesellschaft ist sie jedoch, abgesehen von plakativen medialen Empörungen und damit einhergehenden medial gehypten Hilfsaktionen, nicht nur akzeptiert, sondern im Denken vieler Menschen vielfach sogar als selbstverschuldet legitimiert.

Andererseits erleben wir in den marktliberalen Gesellschaften einen hohen Konsumdruck, der durch verschiedene Mechanismen noch künstlich verstärkt wird. Vor allem Kinder und Jugendliche sind als Konsumenten die wichtigste Zielgruppe der Industrie, ganz gleich, wie sinnig, unsinnig oder gar gefährlich dieser Konsum für sie ist.

Exemplarisch möchte ich den exzessiven Medienkonsum der jungen Menschen oft schon ab dem Kindergartenalter nennen, nicht nur in Bezug auf die Quantität, sondern ebenso im Hinblick auf die Inhalte des Konsumierten. Kinder werden von der Wirtschaft in dieser Gesellschaftsform oft rücksichtslos ausgebeutet und in allumfassender Weise dauerhaft überfordert. Dieser Aspekt systematischer und struktureller Kindeswohlgefährdung wird in Zeiten, in denen permanent die Rechte der Kinder und der Kinderschutz betont werden, jedoch tabuisiert. Darüber wird geschwiegen. Er ist als Ursache mannigfacher Probleme schlicht nicht präsent. Stattdessen ist es populär geworden, die Verantwortung für die Wohlstandsverwahrlosung vieler Kinder auf die Eltern zu schieben. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund des beschriebenen Wandels zur neoliberalen Marktwirtschaft wenig mehr als eine zynische Ablenkungsstrategie. Außerdem werden auf diese Weise in marktliberaler Logik die Nachfragepotentiale für eine privatisierte Sozialwirtschaft gesichert. Die Sängerin Dota Kehr hat diese Logik in ihrem Song „die Funktionalisierer“ am Ende so treffend beschrieben: „Und selbst aus der Angst und dem bitteren Erwachen, glaubt mir, da kann man was draus machen .... da kann man was draus machen!“

### **Können Sie die Überforderung des ökonomisierten Kinder- und Jugendhilfesystems im Umgang mit den komplexen Problemen der Kinder- und Jugendlichen unter den von Ihnen beschriebenen heutigen Lebensbedingungen bitte anhand eines Beispiels skizzieren?**

Lassen Sie mich ein Praxisbeispiel konstruieren, in dem verschiedene der genannten Faktoren kulminieren. Es ist in dieser Zusammenstellung durchaus realistisch und auch von mir in den

vergangenen 10-15 Jahren so erlebte Praxis. Auch die einzelnen Elemente unzureichender Hilfe allein können bereits erhebliche negative Folgen im Hilfeprozess nach sich ziehen. Nehmen wir also die 14-jährige Jugendliche H., die seit geraumer Zeit regelmäßig dem Schulunterricht fernbleibt. H. kommt aus einem belasteten Elternhaus, da die Eltern sich vor drei Jahren nach einer lange anhaltenden Konfliktphase getrennt haben und die Konflikte nun im Hinblick auf die Gestaltung der gemeinsamen elterlichen Sorge anhalten. H. fühlt sich zwischen den Eltern hin- und hergerissen. Die ohnehin schwierige finanzielle Situation der Eltern hat sich im Zuge der Trennung noch verschärft. Der Vater kommt seiner Unterhaltsverpflichtung nur unzureichend nach. Die Mutter hält sich und ihre zwei Kinder – es gibt noch einen achtjährigen Bruder – mit verschiedenen Jobs gerade so über Wasser. Die Schule, welche anfangs über einen erheblichen Zeitraum die Eltern über das unerlaubte Fernbleiben in Unkenntnis hielt, spricht mittlerweile von Schulverweigerung. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus läuft nur schleppend, weil zum einen die Mutter mit den Alltagsbelastungen nach der Trennung überfordert ist, sich vom Vater in der Erziehung der Kinder nicht unterstützt fühlt und sich in Umgangskonflikten mit ihm und den Ex-Schwiegereltern aufreißt. Zum anderen ist die Schule selbst personell knapp ausgestattet, sodass die wichtige Elternarbeit nur mühselig gestaltet werden kann. Außerdem gibt es eine wachsende Zahl an auffälligen bzw. problembelasteten Schülerinnen und Schülern. Bei einer Gesamtschülerzahl von 1.500 gibt es eine einzige Schulsozialarbeiterin, die sich neben ihrer Projektarbeit nur sporadisch einzelner Schülerinnen und Schüler annehmen kann.

Im Elterngespräch mit der alleinerziehenden Mutter empfiehlt der Klassenlehrer der Mutter, sich Unterstützung in der Erziehungsberatungsstelle zu holen. Dort erhält sie nach längerer Wartezeit einen Termin, erlebt aber, dass fortlaufende Termine aufgrund der hohen Auslastung der Fachstelle nur alle paar Wochen möglich sind. Die Mitarbeiterin empfiehlt der Mutter dringend, an dem Eltern- und Umgangskonflikt zu arbeiten, den sie als maßgeblich für H.'s Verweigerungshaltung hält. Die Mutter sieht sich gegenwärtig außerstande, an dieses Thema heranzugehen, schon gar nicht gemeinsam mit dem Vater. Die Erziehungsberaterin, die nur mühsam ihre vielen Fälle terminlich koordinieren und bewältigen kann, nimmt diese Haltung der Mutter mit Ungeduld und Unzufriedenheit zur Kenntnis. Sie rät der Mutter am Ende des zweiten Termins, H. zwecks diagnostischer Abklärung in der kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanz anzumelden. Die Beratungsstelle darf aufgrund kommunaler Kürzungsmaßnahmen keine eigene Diagnostik mehr vornehmen. Dort angekommen erfährt die Mutter, dass H. erst drei Monate später einen ersten Untersuchungstermin erhält, da auch hier die Grenzen der Auslastung längst erreicht sind.

Es vergehen Wochen und Monate ohne greifbare Hilfe für H. und ihre Familie. Die Situation mit H., die sich immer mehr in ihre virtuellen PC-Welten zurückzieht, spitzt sich zu. Der Mutter gelingt es nur noch selten, mit H. in Kontakt zu kommen. H. besucht, trotz vieler Versprechen ihrer Mutter gegenüber, nur noch selten den Unterricht. Schließlich macht die Schule Druck, indem sie der Mutter nahelegt, sich an das Jugendamt zu wenden. Ansonsten könne H. nicht weiter an dieser Schule verbleiben.

Mit Widerwillen und verunsichert sucht H.'s Mutter mit ihrer Tochter den Allgemeinen Sozialen Dienst, kurz ASD, des Jugendamtes auf. Die Fachkraft dort führt mit Mutter und H. ein ausführliches Gespräch, an dessen Ende zu beider Überraschung die Empfehlung der Fachkraft steht, die bereits begonnene Erziehungsberatung fortzusetzen und zunächst einmal die Diagnostik in der Kinder- und Jugendpsychiatrie durchzuführen und deren Ergebnisse abzuwarten. Zusätzlich empfiehlt die Fachkraft eine Trennungs- und Scheidungselterngruppe für beide Eltern, welche im ortsansässigen Familienzentrum angeboten wird. Diese Gruppe werde durch eine Sozialpädagogin angeleitet, die wöchentlich mit den Trennungseltern arbeite.

Mutter und Tochter verlassen einerseits erleichtert das Jugendamt, weil ja nichts Schlimmes dort passiert ist. Andererseits ist die Mutter irgendwie frustriert und genervt, da sie wieder kein Stück weitergekommen ist. Eine Gruppe werde sie mit diesem für sie belastenden und beschämenden Trennungsthema ganz gewiss nicht aufsuchen, schon gar nicht gemeinsam mit dem Ex, der seinerseits wohl kaum zur Teilnahme an einer solchen Gruppe zu bewegen sein wird. H. ist es egal. Sie möchte einfach nur in Ruhe gelassen werden und mit allem nichts mehr zu tun haben. Die wichtige Information, dass Eltern einen Rechtsanspruch auf "Hilfe zur Erziehung" haben und diese beim Jugendamt beantragt werden kann, wurde der Mutter bislang nicht mitgeteilt. Die Mitarbeiterin der Erziehungsberatungsstelle klärt nun jedoch über den Rechtsanspruch der Eltern auf "Hilfe zur Erziehung" auf.

Diese sucht mit dem Wissen um den Rechtsanspruch die Fachkraft beim Jugendamt ein zweites Mal auf und drängt auf die Antragstellung, auch unter Verweis darauf, dass sich H.'s Situation verschlimmert habe und sie sich als Mutter mit all den Belastungen, der Sorge um H., dem Dauerkonflikt mit dem Vater und der kaum noch zu bewältigenden Doppelbelastung von Beruf und

Familie chronisch überfordert fühle. Schließlich willigt die Fachkraft ein und das Team des Jugendamtes kommt nach gemeinsamer Beratung zu dem Schluss, der Familie eine sozialpädagogische Familienhilfe zu gewähren, die zunächst probenhalber mit einem niedrigen Stundensatz eingesetzt und auf ein halbes Jahr befristet wird.

H.'s Mutter erlebt die für diese Hilfe eingesetzte Sozialpädagogin, die parallel sechs Familien zu betreuen hat, nach anfänglich gutem Beginn immer ungeduldiger. Auch der Sozialpädagogin gelingt unter den knapp bemessenen Zeitressourcen kein konstruktiver und vertrauensvoller Zugang zu H. und ihrer Mutter. Ebenso wenig gelingt eine Kontaktaufnahme zu H.'s Vater, der weiterhin im Hintergrund gegen die Mutter agiert und H. selbst permanent in Loyalitätskonflikte verstrickt. H.'s Mutter fühlt sich zunehmend von der Sozialpädagogin bedrängt, bevormundet und kontrolliert. Sie empfindet Scham und Versagensgefühle und versucht sich nach und nach den anberaumten Terminen zu entziehen.

Nach negativen Rückmeldungen der Sozialpädagogin an die fallverantwortliche Fachkraft des ASD kommt es zu zwei Versuchen, der Mutter zu erklären, dass sie konstruktiv mitarbeiten und sich um Umsetzung der Ratschläge der Familienhelferin bemühen müsse. Kurze Zeit danach bricht das Jugendamt wegen der nicht vorhandenen Kooperationsbereitschaft der Familie die Hilfe ab. Zurück bleiben eine frustrierte, überforderte Mutter und eine Jugendliche, die von allen einfach nur noch in Ruhe gelassen werden möchte, und deren Situation sich zunehmend verschlechtert. Wagen wir eine Prognose? Und wenn sie nicht gestrandet sind, dann dümpeln sie auch heute noch, mit Tausenden von im Stich gelassener Familien auf dem Meer der Hoffnungslosen in der restlos überfüllten und seeuntüchtigen MS Agenda 2010. Nächster Zielhafen: Psychiatrie, Knast oder Straße? In Summe: Da gibt ein System also vor, zu helfen, hält diese Hilfe jedoch kaum überhaupt vor, und beschädigt dadurch die Betroffenen womöglich nur noch mehr, die Ohnmacht, Hilflosigkeit und Resignation erfahren und deren Probleme in dieser Zeit nur größer und größer werden. Ganz zu schweigen vom allgemeinen Trend, aus Zeit- und Geldgründen Kinder dann eben psychiatrisch zu „[behandeln](#)“ anstatt ihnen wirklich zu helfen.

**Wenn es so schlimm um die Profession bestellt ist, warum gibt es dann scheinbar keine Gegenwehr gegen diese Negativentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe? Das System fährt doch offensichtlich ... immer mehr gegen die Wand.**

Nun, was würden Sie machen, wenn Sie unter prekären Arbeitsbedingungen arbeiten, sagen wir, mit einem Zwei-Jahresvertrag mit eventueller Verlängerungsoption, eine Familie zu versorgen hätten? Unter diesen Bedingungen macht kaum jemand den Mund auf – aus Angst vor drohender Arbeitslosigkeit und den damit einhergehenden existentiellen Konsequenzen.

Darüber hinaus fürchte ich, dass die Zeit der gesellschaftlichen Lähmung und der seit langem währenden Überbetonung des Individuums gegenüber Werten des Sozialen und der Solidarität inzwischen zu einem quasi reflexhaften Anpassungsverhalten an die Gesetze einer marktliberalen Kultur geführt hat.

Insofern finden wir insgesamt jüngere Generationen vor, die sich, so sozialisiert, im Wesentlichen kaum mehr kritisch verhalten können oder aber kaum die Anstrengung kritischer Auseinandersetzung auf sich nehmen wollen bzw. können. Sie *kennen* häufig überhaupt nur noch die Bedingungen und entsprechende Deutungsmuster einer, wie Kanzlerin Merkel es so treffend bezeichnet hat „marktkonformen Demokratie“.

Und diese Veränderungen sind inzwischen so tief in der Gesellschaft verankert, dass es auch den vermeintlich kritisch denkenden Sozialarbeitenden schwerfällt, alternative Perspektiven einzunehmen. Die Ausbildung bzw. das Studium der Sozialpädagogik und ähnlicher Studiengänge hat unter dem beschriebenen politischen Wandel mit der Einführung der so genannten Bologna-Reformen ebenfalls enorm gelitten. Die Dogmen des Marktliberalismus werden sowohl über die strukturellen Erfordernisse des Studiums als auch über die betriebswirtschaftlich gefärbten Inhalte der Studiengänge vermittelt, sodass die nachwachsenden Generationen in diesem Berufsfeld diese ökonomisierte Variante Sozialer Arbeit zumeist als selbstverständlich erachten. Diejenigen Hochschul- und Fachhochschullehrenden, die noch ein anderes, fachliches Verständnis von Sozialpädagogik vermitteln, sind in der Minderzahl und stehen zudem selbst in der Gefahr, in ihren Lehrinstitutionen unter Druck gesetzt zu werden.

Die [neoliberale Ideologie \[PDF\]](#) ist einfach allerorten manifest und die Verhältnisse arbeiten ihr nur weiter zu.

**Und was wäre in dieser gesellschaftlichen Situation sinnvollerweise zu tun? Was wünschen oder raten Sie?**

Wünschen würde ich mir, dass die Menschen sich endlich wieder auf die Errungenschaften humanistisch orientierter und sozialer Bewegungen in Richtung Freiheit und Demokratie besinnen, wie sie trotz allen Militarismus, aller feudaler, autoritärer und faschistischer Strömungen und Epochen und ihren entsprechenden Erziehungs- und Bildungsmethoden immer wieder durchdringen konnten und so zumindest in Teilen des 20. Jahrhunderts zentrale gesellschaftliche Wertesysteme in Richtung der Achtung der Menschenwürde, der Realisierung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht haben.

Freiheit ist im Zeitalter des Marktliberalismus zur Freiheit des Konsums der am System Teilhabenden reduziert worden. Soziale Gerechtigkeit ist spätestens mit der Einführung der Agenda 2010 weggespült und durch Ellenbogendogmen wie „Leistung lohnt sich wieder!“ oder „Fördern und Fordern!“ ersetzt worden. Leider habe ich nur wenig Hoffnung, dass hier in absehbarer Zeit ein gesellschaftlicher Wandel eintreten wird. Dafür funktionieren die Prinzipien des „Teile und herrsche!“ und „Brot und Spiele“ im medialen Zeitalter einfach zu gut.

Fraglich ist im Augenblick wohl vor allem, wie die aktuelle Flüchtlings- bzw. Einwanderungssituation Einfluss auf den gegenwärtigen Stillstand nehmen wird. Nicht nur diesbezüglich dürfen wir die jetzige Flüchtlingswelle als echte Chance für unsere gesellschaftliche Entwicklung sehen. Und im Hinblick auf das Thema Ökonomisierung der Kinder- und Jugendhilfe rate ich allen engagierten Kolleginnen und Kollegen, den Lehrenden an Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten, den Studierenden, aber auch den verantwortlichen Jugendhilfepolitikern, inne zu halten und darüber nachzudenken, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen, welche Aufgabe die Soziale Arbeit und speziell die Kinder- und Jugendhilfe hat und was unsere ureigene sozialpädagogische Fachlichkeit ausmacht.

Soziale Arbeit ist eine Menschenrechtsprofession und hat somit ein eindeutiges und parteiliches Mandat *für* die Menschen, die gesellschaftlich an den Rand gedrängt bzw. ausgeschlossen werden bzw. von Marginalisierung bedroht sind. Sie hat Entwicklungen vorzubeugen, die das Prinzip von Oben und Unten bedienen oder, so diese sich realisieren, sie offen zu benennen, zu skandalisieren und zur Gegenwehr aufzurufen.

In diesem Sinne hat Soziale Arbeit und insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe mit ihrem sozialpädagogischen Auftrag auf den Ebenen der Prävention, der Gemeinwesen- und Einzelfallarbeit immer auch eine politische Dimension. Das betrifft nicht allein die Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten, sondern ebenso die professionellen Fachkräfte selbst. Denn wie sollen wir Menschen in ihrem Bestreben nach Autonomie begleiten, wenn wir selbst für uns und unsere Arbeitsbedingungen systematische Ausbeutung, Entwertung, stillschweigende Duldung teils unhaltbarer Arbeitsbedingungen und andere Formen prekärer Arbeit stillschweigend erdulden? Die gegenwärtige Kinder- und Jugendhilfepolitik geht ganz im Einklang mit der ökonomisierten Politik trotz scheinbarer Gesprächsbereitschaft und oberflächlichem Verständnis für die fachlichen Positionen ihren Weg jedoch unbeirrt weiter. Hinter den aufgehübschten Fassaden einer Hochglanz-Jugendhilfe wird die Umsteuerung in Richtung einer ökonomisierten Kinder- und Jugendhilfe unnachgiebig weiterverfolgt. Inzwischen gibt es sogar eindeutige Signale aus der Politik, die gesetzlichen Grundlagen des SGB VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, der seit Jahren währenden kommunalen Praxis anzupassen, die sich an betriebswirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Effizienz orientiert.

Unser in 2010 gegründetes Bündnis Kinder- und Jugendhilfe – für Professionalität und Parteilichkeit hat sich aus diesem Grund nach verschiedenen vergeblichen Versuchen eines ernsthaften Dialogs mit der Politik über die Zukunft unseres Fachbereiches entschieden, diesen Dialog vorerst zu beenden.

Stattdessen gehen wir nun mit einem [Aufruf zu einem Memorandum](#) auf allen Ebenen in die Öffentlichkeit, um ein Bewusstsein für die gegenwärtige Lage der Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen. Wir hoffen, dass alle engagierten Menschen, die mit der gegenwärtigen Fremdbestimmung der Sozialen Arbeit sowie der Kinder- und Jugendhilfe im Speziellen nicht einverstanden sind und noch nicht resigniert haben, diesen Aufruf lesen und durch ihre Zeichnung unterstützen.

### **Noch ein letztes Wort?**

Wenn ich mir eine kleine Anekdote sozusagen als Epilog erlauben darf... Ich titeliere ihn mal als „von Häuptlingen, Häppchen und Ungehorsam“: Ich saß vor einiger Zeit beruflich in einer Arbeitsrunde, bei der ein von Bundesmitteln gefördertes Projekt – übrigens ein klassisches Projekt der „Neuen Steuerung“ – in der betreffenden Kommune als Zwischenergebnis durch einen Vertreter des Bundesministeriums überprüft werden sollte. Nachdem die das Projekt ausführenden Ehrenamtlichen und Professionellen zwei Stunden lang ihre wirklich kreativen und engagierten Ergebnisse monatelanger Arbeit präsentiert hatten, sollten in einer darauf folgenden zweiten Runde nur die

politisch Verantwortlichen, sprich Geschäftsführer, Kommunalpolitiker und eben jener Mensch vom Bundesministerium miteinander ins Gespräch gehen.

In der Pause zwischen dem einen und dem anderen Gesprächsforum wurden fein dekorierte Häppchen gereicht. In Freude auf eine kleine Stärkung nach zwei intensiven Stunden und bevor wir Fachkräfte wieder in den mühsamen Arbeitsalltag entlassen wurden, griff meine Hand in Richtung eines dieser Häppchen. Da stürzte einer der Geschäftsführer auf mich zu und deutete symbolisch eine körperliche Maßregelung meiner allzu selbstbewussten Hand an und sprach unmissverständlich: "Stopp, das ist nur für Häuptlinge." Vielleicht war meine Hand intuitiv selbstbewusster als mein Denken. Denn ich griff dennoch beherzt zu, führte den wohlschmeckenden Happen in meinen Mund und sprach: "*Dieser* Happen schmeckt mir besonders gut."

#### **Ich bedanke mich für das Gespräch.**

**Matthias Heintz**, 51, ist Diplom-Pädagoge und systemischer Familientherapeut. Er hat 2 Söhne. Er ist seit knapp 20 Jahren in der Erziehungsberatung tätig, heute als Berater in einer kirchlichen Sozial- und Lebensberatungsstelle tätig, sowie in eigener systemischer Praxis. Seit rund 10 Jahren arbeitet er zudem als Lehrbeauftragter an der Hochschule Magdeburg-Stendal, insbesondere im Fachbereich „Kindheitswissenschaften“. Er ist Mitbegründer des „Bündnis Kinder- und Jugendhilfe – für Professionalität und Parteilichkeit“.

---

Quelle: Nachdenkseiten - 16. Oktober 2015

